

## THEMEN DES MONATS

CHINA UND SÜDOSTASIEN NACH DEM WAFFENSTILLSTAND  
IN VIETNAM

## Folge 9 : Zusammenfassung der vorausgehenden acht Kapitel

In den Heften Februar bis September wurden nacheinander Birma, Laos, Kambodscha, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen betrachtet. In der vorliegenden Nummer wird diese neunteilige Serie mit einer Zusammenfassung abgeschlossen. Dabei gilt es, eine Quersumme der Fakten zu ziehen und einige grundlegende Fragen zur chinesischen Strategie gegenüber den Ländern Südasiens zu debattieren.

EVOLUTION ODER REVOLUTION ?  
(China und die Länder Südasiens)

Mit Hilfe der folgenden Zusammenstellung sollen mehrere "rote Fäden" durch die acht Analysen gezogen werden, so daß sich einige Materialbündel zusammenschließen, die dann als Ausgangspunkt für die Beantwortung folgender drei Fragen herhalten können:

1. Besteht in den acht Ländern Südasiens, die im vorliegenden Zusammenhang behandelt wurden, eine "revolutionäre Situation"?
2. Lassen sich die Probleme Südasiens bejahendenfalls mit Hilfe des chinesischen Revolutionsmodells lösen?
3. Ist China schließlich bereit, organisierte Aufstandsbewegungen in den einzelnen Ländern bei der Lösung des revolutionären Knotens mit Hilfe des chinesischen Revolutionsschwertes zu "unterstützen"?

## I. Zu Frage 1 :

## Machbarkeit der Revolution in Südostasien ?

Im Zusammenhang mit der Frage, ob die "Revolution" - sei es nun nach sowjetischem oder nach chinesischem Muster - in der Dritten Welt Platz greifen kann, wird häufig die Hypothese aufgestellt, daß "Stabilität" die beste Medizin gegen revolutionäre Anfälligkeit sowohl des internationalen wie des regionalen und des nationalen Systems sei (1). Die nächste Frage lautet sodann, wie Stabilität geschaffen werden könne, und zwar sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch. "Stabilität" ist damit zu einem unbefragten Wert geworden, der - wie z.B. von Reischauer - ohne präzisere Inhaltsangabe postuliert wird. Eine kritische Diagnose muß jedoch darauf abstellen, welche Stabilität hier eigentlich gemeint sei.

a. Wer unter "Stabilität" die Erhaltung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse versteht, jede Gefährdung dieses Ist-Zustandes aber als pathologisches Phänomen einstuft, bekennt sich damit zu einer im ursprünglichen Sinne des Wortes "konservativen" Haltung, die auf einen sozusagen "negativen Frieden"

hinauswill: einen Gesellschaftszustand also, der frei ist von offenen Konflikten. Nach dieser Auffassung wäre, wenn man hier einmal ein besonders krasses, gleichwohl aber vorstellungsadäquates Beispiel heranziehen wollte, das Verhältnis zwischen einem Plantagenbesitzer und seinem Sklaven insoweit konfliktlos und "stabil", als der Sklave seine Rolle internalisiert hat und sich als kooperativ erweist (2).

b. Dieser "Stabilität" im Sinne einer lediglich von äußeren Konflikten verschonten Sozialstruktur widerspricht mit Schärfe die sog. "kritische" Schule der Friedensforschung, nach deren Vorstellungen es nicht auf die subjektive Zufriedenheit des Einzelnen mit seiner gesellschaftlichen Position ankommt, sondern auf seine - von der eigenen und persönlichen Meinung unabhängigen - objektiven Interessen in der Struktur des Systems. Das oben erwähnte Beispiel vom zufriedenen Sklaven wäre nach dieser Auffassung nichts anderes als ein Paradebeispiel von "latentem" Konflikt, der durch politische Aufklärung "manifest" werden könnte.

Der hier auftauchende Grundgedanke ist vor allem für das Verhältnis der VRCh gegenüber den sog. "unterjochten Nationen" (3) der Dritten Welt gültig. Für Peking dient jede Aufklärung der "unterdrückten Volksmassen" und jede Ausbildung von Guerilleros nicht etwa der Erzeugung, sondern lediglich der Sichtbarmachung bereits vorhandener, jedoch infolge mangelnden politischen Bewußtseins oder aber infolge geschickter Manipulationen latent gebliebener Konflikte. Subversive Maßnahmen, die der "Befreiung" der Volksmassen dienen, sind bei einer solchen Auffassung also keineswegs Friedens- und Stabilitätsstörungen, sondern - gerade umgekehrt - erste Schritte auf dem langen Marsch zum Frieden und zu wirklicher Stabilität, die auch den breiten Massen tatsächlich zugute kämen. Nach der Perzeption Pekings handelt es sich bei seinen "Unterstützungsaktionen" zugunsten der global hervorbrechenden Emanzipationsbewegungen also keines-

wegs um Aggression, sondern ganz im Gegenteil um Ausschaltung der Aggressionsherde: Erwachsen Kriege doch letztlich aus dem Schoße des "Imperialismus"; den es gerade deshalb zu vernichten gilt. Diese Auffassung trifft sich wiederum, wenngleich man sich einer unterschiedlichen Terminologie bedient, mit Kategorien der modernen Friedensforschung. Nach Auffassung von Lars Dencik und Johann Galtung (4) ist im Zusammenhang mit Friedens- und Stabilitätsstörungen stets darauf zu achten, ob sie nicht etwa einer Abwehrhaltung gegenüber "direkter" oder "struktureller" Gewalt entspringen. "Direkte" Gewalt läge beispielsweise bei offenem Widerstand gegen Aktionen der Polizei und der Streitkräfte vor. Gegen "strukturelle" Gewalt dagegen kämpft eine Aufstandsbewegung an, wenn sie sich gegen Negerghettos, Elendsviertel neben luxuriösen Wohnpalästen (z.B. in Manila) sowie gegen Hungersnöte wendet, von denen nur die Armen betroffen sind, während die Reichen weiterhin ihr unbeschwertes Leben führen. Privatmonopole, patriarchalische Familienverhältnisse, krasse Ungleichheiten im volkswirtschaftlichen Verteilungsmechanismus und ähnliche durch die Tradition "stabilisierte" Mechanismen sind aus dieser Perspektive nichts anderes als Manifestationen "struktureller" Gewalt, gegen die Notwehr berechtigt sein muß, wenn die sozialen Spannungen nicht ewig fortdauern sollen. Geht man vom Begriff der strukturellen Gewalt aus - und die Chinesen "stehen" auf diesem Begriff, wenn sie sich auch gleich einer anderen Terminologie bedienen (5) -, so sind "Befreiungskriege" politische Streiks, Guerilla-Aktionen und Demonstrationen der "Volksmassen" gegen ihre "reaktionären" Regierungen nichts anderes als Notwehrmaßnahmen gegen Gewaltakte der Herrschenden - und als solche kein Unrecht. Die "Unterstützung" durch China erweist sich aus dieser Sicht lediglich als eine Art "Notwehrhilfe". Nach chinesischer Auffassung also ist Revolution, die in den verschiedenen Formen auftreten kann, deren höchste Manifestation aber der innere und äußere Befreiungskrieg ist (6), das einzige Mittel, das nicht zur bloßen "Befriedung" und damit zu einer vordergründigen "Stabilität", sondern zum wahren Frieden, also zu wahrer - weil nicht mehr von gesellschaftlichen Antagonismen bedrohten - Stabilität führt.

Die Antwort auf die Frage, ob China aggressiv und damit stabilitätsgefährdend sei, fällt demnach recht doppelbödig aus. Es ist aggressiv, soweit seine Subversionshilfe Konflikte erzeugt (und nicht etwa bereits vorhandene, aber latente Konflikte) manifest macht). Es ist nicht aggressiv, insoweit ihm zugebilligt wird, daß es Nothilfe gegenüber "struktureller Gewalt" leistet und dabei Konfliktverschleierungsmaßnahmen durch Revolutions- und Aufklärungsstrategien zu unterlaufen sucht. Die Antwort hängt also letzten Endes vom "politischen Standpunkt" ab, den man bei der Bewertung des chinesischen "Unterstützungs"-Verhaltens vertritt.

Diese beiden so grundverschiedenen Stabilitätsvorstel-

lungen spielen auch im Verhältnis zwischen China einerseits und den acht südostasiatischen Staaten andererseits eine entscheidende Rolle. China hofft, daß die letztendliche Stabilität sich auf dem Wege über die Revolution auch in Südostasien durchsetzen wird. Die Regierungen in den acht Ländern sind sich andererseits darüber im wesentlichen einig, daß unter "Stabilität" die substantielle Erhaltung und evolutionäre Weiterentwicklung des Bestehenden - unter ständiger Erweiterung des Wirtschafts- und Selbstverteidigungspotentials - gemeint ist. Da Peking seine Rechnung nicht ohne die Kalkulationen dieser Länder machen kann, ist hier zu untersuchen, ob die "konservativ" interpretierte "Stabilität" in Südostasien genügend gefestigt ist, um der Attraktivität des chinesischen Revolutionsmodells standhalten zu können.

Der Schlüsselbegriff "Stabilität" ist hier in drei Zusammenhängen zu prüfen:

1. innenpolitisch (potentielle Krisenanfälligkeit im Innern der einzelnen Staaten? ), ?
2. regionalpolitisch (Stabilisierung durch effektive regionale Bündnispolitik? ),
3. globalpolitisch (Stabilisierung durch Intervention der Großmächte? ).

Zu 1. Stabilität der einzelnen Staaten nach innen ?

Auszugehen ist hier von dem Gesichtspunkt, daß eine Revolution (marxistischer Prägung im weitesten Sinne) in den einzelnen Staaten Südostasiens nur Chancen hat, falls dort eine Vielzahl wirklich antagonistischer "Widersprüche" vorhanden ist.

Im folgenden gilt es daher, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilitätsphänomene und Krisenanfälligkeitsmomente in den einzelnen Ländern nochmals gerafft zusammenzufassen.

#### a. Kambodscha

Stabilisierend: Buddhismus, Idee der Monarchie, bäuerliche Traditionen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit (Diese drei Elemente wurden nicht zufällig von Sihanouk als integrierende Elemente des "Khmer-Sozialismus" betrachtet!).

Momente der Instabilität: Bildung einer neuen Klasse in Phnom Penh (seit Mitte der sechziger Jahre, weit verbreitete Korruption, Minoritätenprobleme, die von den Nachbarstaaten ausgenutzt werden können (Bisweilen spricht man sogar von "zwei Kambodschas", dem Herzland, in dem etwa 90 % der kambodschanischen Bevölkerung leben, und den "Außenländern" im Norden, Nordosten und Süden, die von Bergen, Wäldern und unfruchtbaren Gebietsstreifen durchzogen und nur wenig besiedelt sind). Das Minoritätenproblem ist hier insofern explosiv, als sich zahlreiche Stämme in den Außenländern z.B. 1970 auf Seiten der Nordvietnamesen gegen Phnom Penh mobilisieren ließen).

#### b. Laos

Stabilisierend : wie bei "Kambodscha".

Momente der Instabilität: Aufspaltung der laotischen

Eliten in einen linken und einen rechten Flügel, die zeitweise noch von Neutralisten ergänzt wurden; daraus resultierende Schwierigkeiten, eine Koalitionsregierung zustande zu bringen. Die "Rechten" profitierten hauptsächlich von den amerikanischen Entwicklungshilfeleistungen, arbeiteten deshalb auch mit den USA und Thailand eng zusammen und waren Befürworter einer forschen Politik der Counter Insurgency; Korruption und Minderheitenprobleme. Das Laotische Volk besteht aus rd. 60 Nationalitäten, die im allgemeinen nach drei großen Hauptgruppen klassifiziert werden: das staatstragende Volk, die "Lao Loum", die in den Ebenen entlang den großen Flüssen und Hauptstraßen wohnen, ferner die "Lao Sung" (Waldregionen und Bergtäler) und schließlich die "Lao Theung" (Bergregionen).

Es kam im Laufe der Zeit zu zahlreichen Aufständen der Bergvölker gegen die "expansionistischen" Tiefland-Laoten: Ereignisse, die von den Franzosen und später von den Nordvietnamesen im Sinne einer "divide et impera"-Politik ausgenutzt wurden. Auch rivalisierende Angehörige der führenden "Lao Loum"-Familien bedienten sich z.T. dieses Konfliktpotentials, und es ist kein Zufall, daß Lao Sung- und Lao Theung-Elemente in der Pathet Lao-Bewegung besonders zahlreich vertreten sind).

#### c. Birma

Stabilisierend: Buddhismus, bäuerliche Traditionen der Zusammenarbeit

Momente der Instabilität: mißlungene Verstaatlichungspolitik durch Vernichtung mittelständischer Ansätze; daraus resultierende Ineffektivität der Planungs- und Vorsorgemaßnahmen, Korruption und Schwarzmarktpraktiken. Partikularistische Tendenzen völkischer Minderheiten, die sich gegen die Zentralisierungspolitik Rangoons richten. Birma gleicht einem buntscheckigen Teppich: Es leben dort rd. 40 Völkerschaften, die 136 verschiedene Sprachen und Dialekte sprechen. Staatstragendes Volk sind die Birmanen (67%). Die kommunistische "Weiße Flagge" begann bereits 1959, Minderheitenprobleme auszunutzen; sie gründete damals die "Nationaldemokratische Vereinte Front" (NDUF), die zusammen mit vier extremen Minoritätenorganisationen das Ziel aufstellte, "die Regierung zu stürzen und die Unabhängigkeit der Minderheitenvölker zu erkämpfen").

#### d. Thailand

Stabilisierend: Hinayana-Buddhismus, Monarchie; Fortbestehen einer noch weithin ungebrochenen Tradition, da der Kolonialismus in Thailand nicht Fuß fassen konnte.

Momente der Instabilität: ausgeprägtes Cliquensystem, das zu einer hohen Instabilität des politischen Systems führt (seit 1932 zehnmaler Verfassungswechsel, begleitet von fünf militärischen Coups), tiefe Kluft zwischen städtischer Elite und ländlicher Bevölkerung, wobei die Unterschiede allerdings von

dem traditionell legitimierenden Hinweis übertüncht werden, daß der errungene Status nichts anderes sei als die Folge religiöser Verdienste aus einer früheren Existenz. Infolge starken Populationsdruckes immer stärkere Zersplitterung des Landbesitzes durch ein extrem individualistisches Erbrecht; Aufkommen des Problems des "abwesenden Landlords" und Zunahme des Pächterwesens, das in der Thaitradition nur eine marginale Rolle gespielt hatte. Scharfe Einkommensdisparitäten zwischen verschiedenen Landesteilen, insbesondere zwischen der Hauptstadt einerseits und den Gebieten im Nordosten, Norden und im moslemischen Süden andererseits; Minoritätenprobleme: Thailand umfaßt drei "Minoritätengebiete": im Norden (300 000 Menschen aus den Stämmen der Meo, Karen, Lahu, Lisu, Akha, Lawa, Yao etc.), im Nordosten, wo sich die "Thai-Laoten" als eigenständige Volksgruppe empfinden, und im Süden (Thai-Moslems). Alle drei Minoritätengebiete sind zugleich auch politische Erdbebengebiete, insofern neben irredentistischen und separatistischen Bestrebungen auch kommunistisches Gedankengut Ansatzpunkte finden konnte.

#### e. Malaysia

Stabilisierend: Fortbestand der malaiischen Sultanatsverfassung, die auch während der britischen Kolonialherrschaft beibehalten worden war ("indirect rule" und "Dyarchie" in Form einer Parallelherrschaft einheimischer Fürsten und britischer Verwalter); bemerkenswerte Kohärenz der Führungselite, die sich vor allem in der personellen Kontinuität der Alliance Party manifestiert! Scharfe Opposition der Islam-Anhänger gegen Verfechter kommunistischen Gedankenguts, die sich zumeist aus dem chinesischen Bevölkerungsteil rekrutieren.

Elemente der Instabilität: ausgesprägter Kommunalismus, in den sich vor allem Malaien, Chinesen, Inder und 'Eingeborene' teilen; unbeugsame Malaiisierungspolitik (Sonderstellung der Malaien, Malaiisch als offizielle Sprache, Souveränität der malaiischen Sultane, malaiische Staatsideologie), die zu permanentem Widerstand vor allem des chinesischen Bevölkerungsanteils geführt hat; wirtschaftliche Unterentwicklung der Malaien und wirtschaftliche Dominanz der chinesischen Community!). Minoritätenprobleme, z.B. mit den Dayaks in Sarawak sind hier bei weitem nicht so explosiv wie die "Auslandschinesenfrage".

#### f. Singapur

Stabilisierend: Maßnahmen der Regierung zur Partizipation der Bevölkerung (Citizens Consultative Committees, Community Centres etc.), Law and Order-Politik, die von der Bevölkerung im großen und ganzen gebilligt wird (scharfe Preiskontrolle, Sauberkeitsvorschriften); zufriedenstellende Verteilungspolitik (umfangreicher sozialer Wohnungsbau, Gesundheitsdienst und Erziehungswesen); verhältnismäßig vereinheitlichte Berufsstruktur (die "drei großen Widersprüche" zwischen Stadt und Land, Industrie und Land-

wirtschaft, 'Kopf und Hand' sind in Singapur weit weniger ausgeprägt als in den anderen sieben hier zu behandelnden Staaten).

Elemente der Instabilität: Integrationsprobleme beim Aufbau einer "Nation Singapur", die ständig in Konkurrenz steht zur Idee eines "dritten China"; Überreglementierung, vor allem, was die Lohnentwicklung, das Gewerkschaftswesen, die Pressepolitik und die Bildung linker Gruppierungen anbelangt.

#### g. Indonesien

Stabilisierend: Omnipotenz der Armee, die mit ihrer "Doppelfunktion" sowohl den "Intelligenzler in Uniform" als auch den "Handelsgeneral" hervorbringt und insofern auch für die Modernisierung der überkommenen Sozialstruktur sorgt; Überleben gewisser Formen der Zusammenarbeit auf dem Dorf etc.

Elemente der Instabilität: Spannungen zwischen Zivilbürokratie und Militär, zwischen Zentrale und den einzelnen Regionen, die von zahlreichen Minderheiten bewohnt sind, zwischen Islam und Nicht-Islam; hohe Außenabhängigkeit und Beeinflussung der Binnenwirtschaft durch einseitige Nachfrage der Haupt-handelspartner (Problem der "zwei Waren konzentriert auf ein Land"); Bevölkerungslawine, Schwierigkeiten mit Minoritäten (Javaner und Sumatraner sind zu den beherrschenden Staatsvölkern geworden, die Hunderte von völkischen und sprachlichen Gruppen dominieren. Die "Gefahr von links" allerdings hat keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Minoritätenproblemen (Ambon, West-Irian, etc.). Lediglich in Nord-Kalimantan, wo zahlreiche Chinesen wohnen, können kommunistische Partisanenbestände noch "wie Fische im Wasser leben".

#### h. Philippinen

Stabilisierend: extreme Oligarchisierung der Herrschaft und - damit verbunden - personelle Kontinuität.

Elemente der Instabilität: bedrückende Einkommensunterschiede; Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Moslems (Mindanao - Sulu - Problem); Überfälligkeit von Landreformen; bis vor kurzem: Auseinandersetzung zwischen staatlichen Ordnungskräften (Militär, Polizei) mit schwerbewaffneten "Privatarmeen", die zahlenmäßig fast doppelt so stark waren! Starke Außenhandelsabhängigkeit (vor allem gegenüber den USA und Japan) und hohe Verschuldung; Minoritätenprobleme (Es lassen sich über 50 linguistische Gruppen identifizieren. Doch haben sich etwa 90 % der Bevölkerung aufgrund einer fast 400-jährigen spanisch-amerikanischen Kolonialherrschaft zu einem verhältnismäßig geeinten Staatsvolk assimiliert. Lediglich die Filipino-Moslems und die zahlenmäßig wenig ins Gewicht fallenden Igorots (Gebirgsbewohner - man zählt heute sieben solcher Gruppen) sowie die Negritos und die Dumagats lassen sich als Minoritäten bezeichnen, wobei die

Filipino-Moslems weniger aufgrund ihrer Rasse - sie sind fast alle Malaien! - als vielmehr aufgrund ihrer religiös bedingten Lebens- und Denkweise in eine Minderheitenposition geraten sind.

Politisch ist das Minoritätenproblem vor allem im Zusammenhang mit den Moslems relevant, insofern die dort bestehenden separatistischen Tendenzen neuerdings mit Elementen der maoistischen KP eine wenigstens lockere Verbindung eingegangen sind).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die disintegrierenden Elemente fast in allen Staaten, mit Ausnahme von Singapur, stärker sind als die stabilisierenden Muster. In keinem der acht Länder wurde bisher die überfällige Landreform durchgeführt, die ja - wie das Modell Taiwan gezeigt hat - wohltuende Entspannungswirkungen mit sich bringt. Fast alle Staaten müssen deshalb mit provozierenden Einkommensdisparitäten, mit einem unterentwickelten Schulwesen, mit scharfen "Widersprüchen" zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, "Kopf und Hand", zwischen verschiedenen Religionen und nicht zuletzt zwischen "kontemplativer" Bevölkerung und den ansässigen Auslandschinesen sowie mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Außenwirtschaftsabhängigkeit leben - und nur mühsam zurechtkommen. Gravierend ist auch die ungelöste Minderheitenfrage; denn organisierte Links-Bewegungen und Minoritätenprobleme sind vor allem in den Ländern des südostasiatischen Festlandes, also in Kambodscha, Laos, Thailand und Birma, eine enge Verbindung eingegangen. In Malaysia, Singapur und Indonesien spielt die Minoritätenfrage im Zusammenhang mit dem Kommunismus nur eine untergeordnete Rolle, während auf den Philippinen das Teilproblem des dortigen Moslem-Separatismus erst in jüngster Zeit durch Intervention der philippinischen Neo-KP in diesem Bereich besonders explosiv geworden ist.

Von "Stabilität" kann deshalb weder im "konservativen" noch im Sinne der modernen kritischen Friedensforschung (aber auch Chinas) die Rede sein. Wie weit die revolutionären Funken zu einem Steppenbrand ausarten können, hängt von der Fähigkeit des Establishments zur "Counter Insurgency", vor allem aber von der Innovationswilligkeit und -fähigkeit des jeweiligen politischen Systems ab.

#### Zu 2. Stabilisierung durch Regionalisierung ?

Läßt sich nun, so lautet die weitere Frage, die mangelnde Innenstabilität durch ein effektives außenpolitisches Bündnissystem wenigstens neutralisieren oder gar überspielen ?

Wie die Erfahrungen von 20 Jahren gezeigt haben, führen folgende Bündnisse zu keiner Stabilität:

- ein antikommunistische Föderation; z.B. die ASPAC (Asian and Pacific Council), die neben Malaysia, den Philippinen, Thailand, Japan, Australien und Neuseeland auch Südkorea, Südvietnam und Taiwan mitumfaßt.

- rein antiwestliche Bündnisse, wie das Scheitern der Bandung-Idee gezeigt hat. Es gibt heute wohl keinen südostasiatischen Staat mehr, auch nicht Birma, dem es entgangen wäre, daß sein wirtschaftlicher Aufbau nicht völlig der westlichen Hilfe und Zusammenarbeit entraten kann. Selbst China, das wie keine andere Macht der Politik des "Auf eigenen Beinen-Gehens" das Wort redet, hat sich in den letzten Jahren immer mehr zur Zusammenarbeit mit westlichen Industriestaaten entschlossen.

- reine Militärbündnisse, die allemal Gegenkräfte mobilisieren und außerdem die Einmischung außerregionaler Großmächte (Waffenlieferungen, Abhängigkeit von Nachschub und Ersatzteilen) zur Folge haben.

- rein "rassisch" und kulturell ausgerichtete Bündnisse, wie z.B. die Maphilindo, deren eigentliche Gemeinsamkeit letzten Endes freilich wiederum nicht das Malaiantum, sondern eher die gemeinsame antichinesische Haltung war, wodurch ein Staat der Region, nämlich Singapur, vor den Kopf gestoßen wurde, gar nicht zu reden von den Reaktionen der VRCh, auf deren guten Willen man ja langfristig angewiesen ist.

Attraktivstes Modell für Südostasien wäre demgegenüber eine sich selbst tragende regionale Gruppierung, die fähig ist, sich nach außen zu verteidigen, die aber vor allem in der Lage ist, innere Konflikte aus eigener Kraft, d.h. ohne die Einmischung außenstehender Mächte, zu schlichten und überdies durch wirtschaftliche, technische und kulturelle Kooperation immer enger zusammenzuwachsen.

Als durchaus brauchbar - und auch systemstabilisierend - könnten sich hierbei letzten Endes solche Bündnisse erweisen, die auf eigene asiatische Initiative zustande gekommen und pragmatisch ausgerichtet sind. Solche Versuche einer regionalen Kooperation sind im Laufe der Jahre immer substantieller geworden. Das Gefühl einer südostasiatischen Einheit hat es im Laufe der Geschichte zwar nie gegeben. Spätestens zur Zeit der "Versammlung der Nationen eines größeren Ostasien", die auf japanische "Initiative" während des Zweiten Weltkrieges in Tokyo stattfand, wurden aber erste Samen einer solchen Einheit ausgesät. Nach dem Krieg erwies sich vor allem der Landesvater Birmas, General Aung San, als Motor eines asiatischen Commonwealth. Nach der Ermordung Aung Sans 1957 ging die Initiative zu regionalen Vereinigungen auf Thailand und die Philippinen über. Das größte Hindernis für einen Zusammenschluß während dieser Jahre bildete freilich das Desinteresse Indonesiens an einer weitergefaßten Union. Während der fünfziger Jahre entstanden die "Drei Großen Ordnungen Asiens", die u.a. Ansätze eines südostasiatischen Regionalismus hätten bringen können:

- "Bandung" (Rüti-Schwur der Dritten Welt gegen Imperialismus und Kolonialismus)

- "Genf" (Neuordnung Indochinas, die allerdings durch die Entwicklungen in Vietnam wiederum umgestoßen wurde)

- "Manila" (antikommunistisches Militärbündnis der SEATO, an dem freilich nur zwei südostasiatische Staaten, nämlich die Philippinen und Thailand, partizipierten, nachdem die Versu-

che, auch Laos und Kambodscha aufzunehmen, am Widerstand dieser Länder gescheitert waren.)

Sozusagen im Windschatten der SEATO entstand 1961 die "ASA" (Association of South East Asia), der die drei Staaten Philippinen, Thailand und Malaya angehören, also drei der am schärfsten antikommunistisch ausgerichteten Staaten Südostasiens (Näheres dazu Malaysia B/I.8).

Am 8.8.1967 schließlich wurde die ASA um zwei Mitglieder (Indonesien und Singapur) erweitert und nannte sich von da an ASEAN (Association of South East Asian Nations) (Näheres zu Aufgaben und Funktion bei Malaysia B/I.8). Die ASEAN hat im Laufe der Jahre ihre ursprünglich stark antikommunistischen Hörner abgestoßen und hoffnungsvolle Ansätze zu einem wirklichen Regionalismus entwickelt.

Weit über die ASEAN hinaus zielt schließlich der malaysische Plan vom November 1971, den südostasiatischen Fünferclub später auf zehn Mitglieder (Einbeziehung Birmas, Laos, Kambodschas und der beiden Vietnams) zu erweitern und den ganzen Block in einem Drei-Phasen-Prozess zu neutralisieren (multilateraler Neutralitätspakt - Abzug aller ausländischen Truppen aus der Region - Garantierklärung der drei Großmächte).

Pläne dieser Art, die mit großartiger Geste entworfen sind, bedürfen allerdings noch vieler Jahre oder Jahrzehnte der Reifung. Vorerst sieht die Realität noch bescheiden aus. Selbst der Fünferclub ist noch durch zahlreiche interregionale "Widersprüche" behindert, wie folgendes Konfliktprisma zeigt:

Abgesehen von den Auseinandersetzungen zwischen Nord- und Südvietnam, die trotz des Genfer Abkommens von 1954 und des Pariser Vertrags vom Januar 1973 fort dauern sind hier folgende Einzelphänomene zu erwähnen.

#### a. Kambodscha

Historische Hypothesen Thailands (Vorwärtsstrategie Bangkoks gegen "kommunistische Infiltration aus Kambodscha"; offene Grenzfragen, vor allem im Zusammenhang mit dem "Tempelstreit").

Auseinandersetzungen mit Südvietnam, das sich ebenfalls durch kommunistische Aktionen von Ostkambodscha her beunruhigt fühlt; irredentistische Ansprüche Kambodschas auf das Mekong-Delta Südvietnams, das nach wie vor als "Kampuchea Krom" (Südkambodscha) gilt; Schwierigkeiten mit den rd. 400 000 Vietnamesen, die im kambodschanischen Mekong-Tonle Sap-Bassac-Becken leben.

Befürchtungen gegenüber Hanoi, das verdächtigt wird, ganz Indochina unter seiner Kuratel vereinigen zu wollen; Infiltration Ostkambodschas durch nordvietnamesische Truppen, Ho Chi Minh-Pfad in Ostkambodscha!

#### b. Laos

Konflikt mit Thailand wegen der ständigen antikommunistischen Vorwärtsstrategie Bangkoks in Richtung Laos.

Auseinandersetzungen mit Nordvietnam um den Ho Chi

Minh-Pfad, der durch Nordostlaos verläuft.

#### c) Birma

Im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten hat Birma es verstanden, durch eine ganz und gar passive Außenpolitik Konflikte mit seinen südostasiatischen Nachbarstaaten (Laos, Thailand) zu vermeiden, obwohl Bangkok seit 1938 Anspruch auf stammesverwandte Gebiete in Birma erhebt. Lediglich nach Norden, also nach China hin, geben kommunistische Verbände immer wieder Anlaß zur Sorge.

#### d. Thailand

Abgesehen von den Reibereien mit Kambodscha und Laos ist Thailands südostasiatisches Hauptproblem aufs engste mit den Ambitionen Hanois verknüpft. Thailand hat den antivietsamesischen Kräften nicht nur finanzielle und entwicklungspolitische, sondern auch militärische Hilfe gewährt und u.a. eigene Soldaten an der Seite amerikanischer Truppen in Vietnam eingesetzt.

#### e. Malaysia

Wichtigster Konfliktsfaktor war hier jahrelang die Einbeziehung von Sarawak und Sabah in den malaysischen Staatsverband, der zur Konfrontasi-Politik Sukarnos führte, allerdings 1966 bereinigt werden konnte. An die Stelle der Konfrontasi scheint "Musjawarah" (Miteinander-Sprechen) und Kooperation getreten zu sein; eine gewisse Reibungsfläche bot ferner der Abschluß des Verteidigungsabkommens mit Großbritannien, Neuseeland, Australien und Singapur von 1971 (ANZUK).

Einen bis heute noch nicht ganz ausgegorenen Konflikt hatte Malaysia ferner mit den Philippinen um die Zugehörigkeit von Sabah auszutragen.

Zu Thailand sind die Beziehungen freundlich, leise überschattet nur von der Frage der vier südthailändischen Grenzprovinzen, die von einer malaiisch-moslemischen Bevölkerung bewohnt sind.

Ein heikles Problem besonderer Art ist das von Annäherung und Abstoßung gekennzeichnete Freund-Feind-Verhältnis mit Singapur, das seit 1965 eine eigene Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik betreibt und mit Hilfe einer "Strategie der giftigen Garneel" einer Wiedereinbeziehung seines Gebietes in den malaysischen Staatenverband zu widerstehen entschlossen ist.

#### f. Singapur

Der Stadtstaat hatte, abgesehen von der "querelle Malaisienne" vor allem während der Sukarno-Zeit auch schwere Sorgen mit Indonesien, das trotz der inzwischen wieder intensivierten Zusammenarbeit offensichtlich nicht den Verdacht loswerden kann, Singapur könne sich zu einem "dritten China" und damit zu einem roten Infektionsherd am Rande Indonesiens auswachsen. Auch das Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommen (ANZUK) von 1971 hat, ebenso wie im Zusammenhang mit Malaysia, in Djakarta gewisse Besorgnisse ausgelöst.

g. Indonesien: vgl. Malaysia und Singapur!

h. Philippinen: Sabah-Problem mit Malaysia.

Wird das Pulver, das in all diesen Problemen eingelagert ist, eines Tages explodieren und die Idee einer südostasiatischen Staatengemeinschaft wieder auseinanderreißen, oder wird es unschädlich gemacht werden können?

An dieser Stelle zeigt es sich übrigens, wie zweischneidig das Phänomen des Nationalismus ist, das doch sonst als eines der wichtigsten Elemente großräumiger Integrations- und damit letztlich auch Stabilitätspolitik begriffen wird. Hierzu noch einige Bemerkungen, die in den vorliegenden Kontext gehören.

In der geistigen Heimat des "Nationalismus" moderner Prägung, in Europa, durchlief die Entwicklung dieses Phänomens mehrere Stufen: In der ersten Periode waren seine Träger König und Adel, die den Kirchturm hinter sich gelassen hatten. In der zweiten Periode, die mit der Französischen Revolution begann und mit dem Ersten Weltkrieg endete, wurde der Nationalismus auch zur Ideologie des Dritten Standes, des Bürgertums. Seit dem Ersten Weltkrieg schließlich entstand durch Einbeziehung des Vierten Standes der "Massennationalismus", dessen Genese auf die hauptsächlich kriegsbedingte soziale Mobilisierung zurückzuführen war.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in China. Seit 1919 spielte die nationale Idee zwar in Kreisen der politischen Elite eine überragende Rolle, doch war die Masse der Bauern bis zum Zweiten Weltkrieg im nationalen Sinne passiv. Erst die bitteren Erfahrungen mit japanischen Grausamkeiten und die als Antwort darauf folgenden Massenmobilisierungsmaßnahmen großen Stils ließen bei den Bauernmassen ein bis dahin unbekanntes "Wir-Gefühl" aufkommen (7).

Eine ähnliche gradualistische Entwicklung ist in den meisten Ländern Südasiens auf Teilbereiche beschränkt geblieben, die nicht zufällig - parallel zu den Entwicklungen in China - auf antijapanische oder antifranzösische Bewegungen zurückgingen (Kambodscha: Khmer-Befreiungsbewegung; Laos: Lao Itsala; Malaysia: Antijapanische Armee; Indonesien: Volksbefreiungstreitkräfte gegen die Holländer; Philippinen: Huk-Bewegung als Reste der ursprünglich antijapanischen Einheiten. Es fällt auf, daß Thailand, das ja nie fremde Besatzungstruppen gekannt hat, auf solche Erfahrungen nicht zurückgreifen kann!). Soweit dieses "Wir-Gefühl" nicht durch den Abwehrkampf gegen einen ausländischen Gegner entstanden ist, oder soweit nicht die ohnehin stark national ausgerichtete Elite angesprochen ist, hat der "Nation-Gedanke" nirgends besonders tief Fuß fassen können, obwohl einzelne Regierungen, vor allem das Regime Sukarnos, nichts unterlassen haben, um die Nation auf den Schild zu heben (Einführung einer vereinfachten malaiischen Sprache in lateinischer Schrift, Wiedererweckung geschichtlicher Reminiszenzen. Aufstellung national ausgerichteter Armeen, Schaffung einer nationalen Ideologie, Proklamation außenpolitisch "nationaler" Forderungen zur Aufputschung der Massen (Westirian, Nordborneo-Frage etc.), Mobilisierung der Massen unter Hintanstellung wirtschaftlicher Gesichtspunkte etc.).

Trotz solcher Anstrengungen ist in den meisten Staaten Südasiens der Kommunalismus nach wie vor stärker ausgeprägt als der Nationalismus. Hierbei fallen nicht nur die fast in allen Staaten vorhandenen Minoritäten- und "Auslandschinesen"-Probleme ins Gewicht, sondern auch die nach wie vor systemimmanente scharfe Trennung zwischen Stadt und Land sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Die Schwierigkeit, eine allen Bewohnern gemeinsame Nation zu schaffen, wird besonders deutlich im Falle Singapurs (Konkurrenzidee des "dritten China"), Thailands (der Panthaiismus hat zu irredentistischen Forderungen nach weiteren von Thais bewohnten Gebieten in ganz Südostasien geführt), Malaysia (nahezu die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Chinesen!) und Laos (das geographisch zerklüftete Land hat erst durch die großen Flüchtlingsbewegungen während des Indochinakrieges zu einer gewissen Fluktuation - und damit Vereinheitlichung - gefunden).

In der Innenpolitik, wo der Nationalismus seine am meisten integrierende Wirkung entfalten sollte, funktionierte er also im allgemeinen nicht befriedigend; nach außen hin aber wirkt er sich weiterhin als größtes Hindernis auf dem Wege zu einer regionalen Zusammenarbeit aus.

Kann es trotz der nationalen Differenz in Südostasien zumindest im Bereich der fünf ASEAN-Länder zu einem geschlossenen regionalen Subsystem kommen, das nicht nur durch geographische Zusammengehörigkeit sowie durch eine Mitgliederzahl von mehr als drei Akteuren gekennzeichnet ist, sondern außerdem die Kriterien des Zusammengehörigkeitsbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsimagos gegenüber Außenstehenden erfüllt?

Das Gefühl einer Zusammengehörigkeit zweier so verschiedener Staaten wie Thailand und Indonesien oder aber Thailand und Philippinen hat es im Laufe der Geschichte zwar nicht gegeben, doch begann es nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem während der sechziger Jahre, langsam zu erwachen. Ähnlich wie im Falle der arabischen Länder, die angesichts der Entstehung Israels ihre gegenseitigen Rivalitäten zum Teil zu vergessen begannen, hat auch die Epiphanie eines kommunistischen China - und nun gar der Eintritt dieses China in die Weltpolitik - bei den südostasiatischen Mittel- und Kleinstaaten das Bedürfnis nach einem näheren Zusammenrücken ausgelöst. Besonders deutlich wurde dies im Zusammenhang mit der ASA-Gründung, bei der sich nicht zufällig drei strikt negativ-antikommunistische Regimes (Thailand, Philippinen, Malaya) die Hände reichten. Die Nachfolgeorganisation der ASA, die ASEAN, hat zwar den strikten Abwehrcharakter durch verstärkte - positiv akzentuierte - Kooperationsabsichten zum Teil überspielt, doch dürfte ihre gemeinsame Igelhaltung gegenüber dem kommunistischen China nach wie vor noch einen bedeutsamen Motivationsbestandteil ihrer Einigungspolitik ausmachen.

Die nun schon seit 1967 in Gang gekommene Einigung der fünf ASEAN-Mitglieder hat im Laufe der Zeit ein Zusammengehörigkeits imago auch nach außen hin erzeugt, das vor allem bei internationalen Geldgeberinstituten (Asiatische Entwicklungsbank) zur Geltung kommt.

Trotz solcher Ansätze zu einem regionalen Subsystem in Südostasien ist freilich Skepsis angebracht. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, kann es nur zwischen solchen Ländern zu einer tragfähigen regionalen

Zusammenarbeit kommen, die in ihrem eigenen Haus Ordnung halten können. Labile Staaten können also kaum durch stabile Regionalbündnisse kuriert werden.

In globalem Maßstab gesehen ist es ja schon in vielen Regionen der "Dritten Welt" zur Gründung von gemeinsamen Märkten (Casablanca-Gruppe, Mittelamerikanischer Gemeinsamer Markt etc.), integrierten militärischen Oberkommandos (Casablanca-Gruppe), Staatenkonföderationen etc. gekommen, ohne daß die ursprünglich mit großartiger Geste entworfenen Einigungsideen dann wirklich konkret Gestalt angenommen oder gar stabilisierend gewirkt hätten. Wird die ASEAN oder gar der Plan einer südostasiatischen Zehnergruppe ebenfalls nur ein Papiertiger bleiben? Die Antwort auf diese Frage wird nicht nur vom Willen der aktuellen oder potentiellen Partizipanten abhängen, sondern auch von den Einigungs- bzw. Disintegrationsbemühungen der Großmächte USA, Sowjetunion, Japan sowie der VRCh.

Zu 3. Trägt die Intervention außerregionaler Großmächte zur Stabilisierung Südostasiens im Sinne des Status quo bei?

Diese Frage ließe sich nur dann mit einem klaren Ja beantworten, wenn im internationalen System eine wenigstens relativ fixe Konstellation des Mächtigkeitsbestandes, die folgende drei Kriterien aufzuweisen hätte:

- ein Gleichgewicht der Macht in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht;
- ein gemeinsames Interesse der beteiligten Akteure am Status quo (wiederum in militärischer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht);
- eine effektive Kontrolle der bestehenden Verhältnisse durch die interessierten Systemträger (8).

Von einer solchen Gleichgewichtskonstellation kann heute weder im global-internationalen System noch im südostasiatischen Subsystem die Rede sein.

Anstelle der bipolaren Struktur der Nachkriegszeit hat sich das internationale System zwar merklich gewandelt (Fragmentierung des Systems des Kalten Krieges durch Eintritt Chinas in die Weltpolitik, durch den wirtschaftlichen Aufstieg Japans, durch die Erweiterung der EWG, durch die deutsche Ostpolitik, durch die Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik etc.), so daß man am Horizont bereits ein pentagonales Gleichgewichtssystem zu erkennen glaubt (9).

Von einer echten "Balance of Power"-Konstellation kann aber vor allem aus zwei Gründen noch lange nicht die Rede sein: Zum einen wirken in den siebziger Jahren die alten Beziehungen des Kalten Krieges noch immer nach. Sie kommen zum Ausdruck in der Vorherrschaft der beiden Supermächte, die nach wie vor entscheidend das Gleichgewicht des Schreckens kontrollieren und ihre etablierten Einflußbereiche gegenseitig respektieren, im übrigen aber überall dort in Konkurrenz stehen, wo die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse noch "offen" sind, u.a. in

Südostasien. Andererseits sollte man - vom alten Moskau-Washington-Konflikt abgesehen - mit Brzezinski nicht von einem Fünfeck, sondern von "zwei Dreiecken" sprechen, bestehend aus einem triangulären Beziehungssystem kooperativer Art zwischen den USA, Westeuropa und Japan und einem dreieckigen Beziehungssystem konkurrierender Art zwischen den USA, der Sowjetunion und China (10).

China, die USA und die Sowjetunion haben gegenüber Südostasien durchaus verschiedene Vorstellungen. Moskau möchte die dortigen Länder in seinem "System kollektiver Sicherheit" untergebracht wissen, das sich letztlich als anti-chinesisches Sicherheitsbündnis entpuppt. Peking wünscht sich umgekehrt ein vom Einfluß der Sowjetunion möglichst freies, aber auch (Minimalprogramm!) möglichst balkanisiertes, aus vielen chinafeindlichen Staaten bestehendes - wenn möglich aber (Maximalprogramm) ein polyzentrisches, sozialistisch gewordenes Südostasien. Washington schließlich zielt auf "stabile" Verhältnisse (d.h. auf die wirtschaftliche Wachstums- und militärische Selbstverteidigungsfähigkeit) der einzelnen Länder Südasiens ab, die es diesen ermöglichen sollen, von Moskau und Peking möglichst weiten Abstand zu halten. Im Kommuniqué von Shanghai, das von Chou En-lai und dem amerikanischen Präsidenten Nixon ausgearbeitet wurde, findet die fortbestehende Konkurrenz zwischen der VR China und den USA lediglich darin ihre Grenze, daß keine von beiden die Prädominanz im asiatisch-pazifischen Raum anstreben und auch keine "unheilige Allianz" zugunsten des jeweils anderen eingehen darf. Von diesen Vereinbarungen sind revolutionäre Veränderungen in den Ländern des asiatisch-pazifischen Raumes, wie China sie ja langfristig anstrebt, nicht berührt!

Das gemeinsame Interesse der beteiligten Großmächte am Status quo besteht also zumindest nicht in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht! Von einer "stabilisierenden" Balance-of-Power-Konstellation kann im Zusammenhang mit Südostasien also wohl kaum die Rede sein.

### (1) Die Rolle der USA im südostasiatischen Regionalsystem

Die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber den Ländern Südasiens ließen sich mit vielen Etiketten bezeichnen. U.a. könnte man beispielsweise auf die wirtschaftlichen Beziehungen, auf die Aufrechterhaltung der traditionellen Freundschaft mit einigen Ländern (Thailand und insbesondere die Philippinen) und auf die Einhaltung einmal eingegangener Abkommen (wirtschaftlicher oder militärischer Art) verweisen. Das alles überragende Interesse aber, das seit dem Zweiten Weltkrieg besteht, das auch über die Nixon-Doktrin und über den heutigen Tag hinaus weiterreicht, läßt sich mit folgender Formel wiedergeben: Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines Machtgleichgewichts in Asien und damit letztlich Schaffung eines der amerikanischen Sicherheit förderlichen globalen Gleichgewichts.

Letzten Endes geht es also um die "Stabilität" der asiatischen Länder, womit hauptsächlich die Stabilität des ökonomischen Wachstums und der Selbstverteidigungskapazitäten gemeint ist. Dieses Motivations-syndrom läßt sich übrigens auch aus den Pentagon-Papieren ablesen. Dort wird die US-Intervention in Vietnam immer wieder mit dem Hinweis auf die amerikanische "Glaubwürdigkeit", vor allem aber auf die Wahrung des Gleichgewichts begründet. Die Ziele sind im Laufe der Zeit also dieselben geblieben; geändert haben sich nur die Mittel der Politik.

Bis zur Nixon-Doktrin von 1969 sollte das Ziel einer "Balance of Power" in Asien durch einen Einkreisungsring verwirklicht werden, der von den Aläuten über Südkorea-Japan-Okinawa-Formosa-die Philippinen-Südvietnam sowie Thailand reichte und von dort jenseits des indischen Kontinents im CENTO-Pakt seine Fortsetzung fand. Zusätzlich zu dieser militärischen Einkreisung verhängten die Amerikaner ein Handelsembargo über die Volksrepublik China, leisteten der Chiang-Kai-shek-Regierung Militärhilfe in Höhe von 1,5 Mrd. US \$ und halfen mit, Taiwan zu einer chinesischen Musterprovinz auszubauen, die im Falle der "Rückkehr" des Regimes als Blaupause für das ganze Festland dienen konnte. Außerdem halfen die USA in den Ländern der Dritten Welt - wenigstens sahen es die Chinesen so - an allen Ecken und Enden, die Volksbewegungen zu unterdrücken (systematische Unterstützung der Counter-Insurgency) und reaktionäre Regierungen als "Lakai-Regimes" am Ruder zu halten.

Durch diese Politik wurde - wiederum aus chinesischer Sicht - nicht nur der Einfluß Pekings auf seinen Nachbarn abgeschirmt, die Sicherheit der VR China gefährdet und die Wiedervereinigung beider Teile Chinas hinausgeschoben, sondern auch der Entscheidungskampf zwischen Imperialismus und unterdrückten Ländern in der Dritten Welt aufs äußerste verschärft.

Seit Verkündung der Nixon-Doktrin, die ja langfristig auf eine Asiatisierung der asiatischen Probleme abzielt, ist hier eine gewisse Entspannung eingetreten. Im Kommuniqué von Shanghai vom Februar 1972 haben die USA das Versprechen abgegeben, im Pazifik keine Hegemonie mehr anzustreben. Außerdem haben sie die Einheit Chinas anerkannt und - trotz Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen mit Taipei - de facto der VR China die eigentliche Vertretung des Gesamtstaates zugesprochen, wofür die "Verbindungsbüros" in Washington und Peking signifikanter institutioneller Ausdruck sind, wenngleich beiden nach der offiziellen Sprachregelung nur technische Bedeutung zukommt.

Gleichzeitig haben sich die Amerikaner im wesentlichen aus dem Indochina-Krieg zurückgezogen, d.h. sie nehmen zumindest nicht mehr direkt an den dortigen Auseinandersetzungen teil.

Trotzdem wäre es eine Illusion zu glauben, daß Amerika nun ganz aus Asien verschwinden werde. Immer

wieder wird ja betont, daß die USA auch eine pazifische Macht seien. Amerika wird deshalb in den einzelnen asiatischen Ländern nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch massiv präsent sein. Trotz des verstärkten Truppenrückzugs zu Beginn der siebziger Jahre unterhält Washington nach wie vor drei große Marinestationen, nämlich Sattahip in Südost-Thailand, Subic Bay auf den Philippinen und Cam Ranh Bay in Südvietnam, Luftbasen in Laos, Taiwan und Thailand, Counter-Insurgency-Trainingszentren in Thailand, Laos, Taiwan und auf den Philippinen sowie Nuklearsilos in Okinawa, Taiwan und wahrscheinlich auch auf den Philippinen und in Thailand.

Der "Asiatisierung der asiatischen Probleme", wie sie im Nixon-Plan vorgesehen ist, schadet es offensichtlich auch nicht, wenn Washington nach wie vor umfangreiche Militärhilfe gewährt (z.B. an Indonesien, Thailand, die Khmer-Republik etc.) und überhaupt ein umfangreiches Military Assistance Program aufzieht. Letzten Endes geht es bei der Nixon-Doktrin also darum, einen kommunistischen Sieg nicht mehr durch unmittelbares Eingreifen, sondern durch verstärkte Unterstützung der etablierten Regimes zu verhindern. Kein Wunder, daß die Chinesen diese Politik einer "stabilisierten" Pax americana nichts anderes nennen als einen heimtückischen Plan, "Asiaten durch Asiaten bekämpfen zu lassen".

Gleichwohl ist es den Chinesen nicht entgangen, daß der "US-Imperialismus seine Krallen in Südostasien" doch weitgehend abgewetzt hat. Im Herbst 1973 werden z.B. weitere Truppenverbände aus Taiwan abgezogen. Bereits vorher hatte der amerikanische Kongreß den Präsidenten veranlaßt, die Bombardierungen in Kambodscha am 15. August 1973 einzustellen. Den Chinesen kann auch nicht das weitverbreitete Heimweh der Amerikaner nach einem neuen Isolationismus verborgen geblieben sein, das sich im Zuge der Vietnam-Ernüchterung breitgemacht hat. Diese Rückzugsmentalität nahm - aus chinesischer Sicht - solche Ausmaße an, daß Peking kurioserweise die Amerikaner durch die Blume auffordern mußte, den Bogen nicht zu überspannen und beispielsweise den Sicherheitsvertrag mit Japan beizubehalten und auch sonst den vordringenden Sowjets nicht allzu viel Gelände zu überlassen.

Sollte die wirtschaftliche und vor allem militärische Präsenz der Amerikaner in den einzelnen südostasiatischen Ländern nicht ein für China unzumutbares Maß überschreiten, so hätte Peking keinen Grund, gegen die betreffenden Gastländer einzuschreiten, d. h. als ultima ratio wieder die dortigen Aufstandsbebewegungen zu unterstützen. Ein niedriges, aber gleichwohl dem sowjetischen Vordringen hinderliches amerikanisches Profil könnte insofern indirekt stabilisierend wirken.

## (2) Darf die Sowjetunion als potentieller Stabilisator gelten?

Moskau selbst traut sich eine solche Rolle zu und hat

deshalb durch den Mund Leonid Breschnews beim Internationalen Treffen der Kommunistischen Parteien in Moskau (15. - 17. Juli 1969) den Plan eines sogenannten "Kollektiven Sicherheitssystems" in Asien vorgeschlagen, der wilde Spekulationen ausgelöst hat - und auch heute noch auslöst.

Vier Interpretationsvarianten haben sich um diesen recht dürftig erläuterten "Plan" herauskristallisiert:

- a) Ausfüllung des Vakuums, das Großbritannien mit seinem Rückzug aus East of Suez hinterlassen hat und das möglicherweise durch das schrittweise Zurückweichen der USA im Zuge der Nixon-Doktrin noch erweitert wird.
- b) Versuch einer Eindämmung Chinas. Da die Ausdrücke "Containment", "Cordon Sanitaire" oder "Bollwerk gegenüber China" in der heutigen Welt einen schlechten Klang besäßen, habe man sich zu einer freundlicheren Sprachregelung entschlossen und so den Ausdruck "Kollektives Sicherheitssystem in Asien" aus der Taufe gehoben.
- c) Griff nach der Weltmacht durch Ausbau einer "bogenförmigen Seeroute" vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok, die durch die fünf Meere (Mittelmeer, Rotes Meer, Indik, Südchinesisches Meer, Westpazifik) führt und deren Dreh- und Angelpunkt sich im Indischen Ozean befindet, wo sich ja auch Indien aufs engste mit Moskau zusammengeschlossen hat. In Verfolgung dieses Planes baue die Sowjetunion ihr Flottenpotential weiter aus und versuche vor allem, rechtzeitig ihre Hand auf einen wiedereröffneten Suezkanal sowie auf die Malakka-Straße zu legen. Gelänge dieser Plan, so würde Moskau eines Tages zur beherrschenden Seemacht nicht nur "West of Suez", sondern auch "East of Suez" werden.
- d) Sicherung der asiatischen Stabilität im Interesse des Weltfriedens. Der Panasiatische Sicherheitsbund soll nach dieser Konzeption eine Art Miniatur-UNO werden, der neben den USA und der Sowjetunion möglichst sämtliche asiatische Staaten angehören. Ein solcher Pakt werde sämtliche regionalen und bilateralen Verteidigungsbündnisse absorbieren und überflüssig machen.

Die Sowjetunion selbst hat sich in den letzten Jahren immer mehr für die zuletzt genannte Option entschieden und verweist hierbei auf ähnliche Pläne anderer asiatischer Staaten, z.B.

- den Vorschlag der indischen und ceylonesischen Regierungen, den Indischen Ozean zu einer "Zone des Friedens" auszugestalten;
- die verschiedenen Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Asien;
- die Vorstöße der Botschafter Japans in den verschiedenen Ländern Asiens und des Pazifik in Richtung auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien;
- die friedlichen Ansätze, die sich vor allem zwischen Indien und Pakistan im Zusammenhang mit dem Sim-

la-Abkommen herauskristallisiert hätten, und - last not least, den Vorschlag der malaysischen Regierung einer Neutralisierung ganz Südostasiens.

Letzten Endes geht es also, wenn man dieser Deutung folgt, um die Sicherheit Asiens durch gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staaten nach den Prinzipien der fünf bekannten Grundsätze der friedlichen Koexistenz, deren konsequente Befolgung gleichzeitig Militärblöcke und andere Defensivbündnisse überflüssig machen soll.

Peking allerdings sieht in diesem Sicherheitsplan nichts anderes als einen besonders abgefeimten Versuch, systematische Eindämmungspolitik gegenüber der VR China zu betreiben und zu diesem Zweck "Asiaten gegen Asiaten" aufzuwiegeln, wobei die Emanzipationsbestrebungen der einzelnen Staaten Südostasiens erneut durch "Supermacht"-Einflüsse von außen unterdrückt würden.

Solange China auf dieser Ansicht beharrt - und es ist kaum ein Zweifel daran, daß seine Führung von den chinafeindlichen Hintergedanken Moskaus überzeugt ist - wird es sich auch kein südostasiatischer Staat leisten können, Seite an Seite mit der Sowjetunion Anti-China-Pläne zu schmieden oder sich überhaupt mit dem sowjetischen Konzept anzufreunden. Vor allem würde der in den siebziger Jahren so zaghaft anlaufende Normalisierungsprozeß, der sich zwischen den Hauptstädten der einzelnen Länder und Peking anzubahnen beginnt, abgebremst, da China sich notfalls sicherlich nicht scheuen würde, Aufstandsbewegungen in den betreffenden Ländern erneut oder verstärkt zu "unterstützen". Die mühsam aufrechterhaltene Innen-"Stabilität" wäre damit abermals gefährdet. So gesehen, muß das Vordringen der Sowjetunion auch nach Südostasien eher als desintegrierender denn als stabilisierender Prozeß betrachtet werden.

Auch mit ihren Entwicklungshilfeleistungen trägt die Sowjetunion nicht gerade zur Stabilisierung der Region bei. Zum einen liegt die Höhe der von ihr - an die gesamte "Dritte Welt" und ceteris paribus auch an Südostasien - gewährten Hilfe weit unter der westlicher Industrieländer ("Westblock": "Ostblock" = 12 : 1). Auch die Vergabebedingungen sind nicht gerade die günstigsten: Während die westlichen Industrieländer rd. 15% der öffentlichen Hilfe über multilaterale Organisationen leiten (BRD 1970: rd. 21%), kennen die Länder des COMECON fast nur bilaterale Maßnahmen. Sie erbrachten z.B. zwischen 1954 und 1970 nur rd. 45 Mio. US \$ Beteiligung am Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen. Im gleichen Zeitraum erbrachte die BRD allein 391 Mio. DM (= rd. 100 Mio. US \$ nach der damaligen Parität) für technische Hilfe der Vereinten Nationen und noch einmal den gleichen Betrag für Programme der UN Sonderorganisationen, also insgesamt fast fünfmal soviel wie der gesamte Ostblock. Überdies werden fast 90% aller Leistungen der Sowjetunion und der europäischen Ostblockstaaten in Form von Krediten

vergeben, und nur rd. 10% der Hilfe entfällt auf nicht rückzahlbare Zuschüsse (nicht rückzahlbare Leistungen der BRD: 51%). Der Ostblock (China immer ausgenommen) gewährt seine Kredite im allgemeinen mit Laufzeiten von 8-12 Jahren, zumeist ohne bzw. mit höchstens 2 Freijahren und einem Zinssatz von 2,5-3% (westliche Geber im Jahre 1969: Laufzeit von 26 Jahren Durchschnitt, tilgungsfreie Zeit von 7 Jahren, BRD: 2,9%). Die Sowjetunion arbeitet bei ihrer "Entwicklungshilfe" also mit harten Bandagen. Kein Wunder, daß Peking mit seinem Ausbeutungsvorwurf immer wieder eine wunde Stelle der "sozialistischen" Sowjetunion trifft.

### (3) Wirkt die Politik Japans stabilisierend?

Japan ist noch mehr als Amerika und die Sowjetunion an der Stabilisierung Südostasiens interessiert; gehen doch etwa 74% seines gesamten Außenhandels durch das Nadelöhr der Straße von Malakka. Würde diese "Lebensader" abgeschnürt, entstünde für das Land eine bedrohliche Situation, da seine Vorräte nur für wenige Wochen reichen.

Aufgrund seiner Rohstoffarmut, seiner extremen Verwundbarkeit (hohe Bevölkerungsballung vor allem in drei Räumen), seiner insularen Lage und seiner Angewiesenheit auf Außenhandel hat Japan theoretisch nur zwei Möglichkeiten, sich mit seiner Außenwelt zu arrangieren: Entweder durch gewaltsame Schaffung einer vom Willen Tokyos abhängigen Nachbarschaft (etwa im Sinne der "Großasiatischen Wohlstandssphäre", oder wie sich ein solcher Apparat sonst noch nennen könnte) - oder aber durch Friedenspolitik um jeden Preis, durch die das Land zu einem wahren internationalen "Insider" wird.

Den ersten Weg hat Japan in den Jahren 1937 ff. zu beschreiten versucht - mit überwältigendem Mißerfolg, wie sich herausstellte; führte er doch nicht nur zur vernichtendsten militärischen Niederlage, die das Land in seiner Geschichte überhaupt je erlebt hat, sondern darüber hinaus zu einer lange Jahre fast unüberwindlichen Abwehrhaltung der von den kaiserlichen Truppen während des Zweiten Weltkriegs okkupierten Länder. Eine militärische Lösung der Stabilitätsfrage muß für Japan deshalb ein für allemal Anathema sein.

Es verbleiben danach nur diplomatische, kulturelle und vor allem wirtschaftliche (Außenhandel, Entwicklungshilfe) Mittel der Stabilisierungshilfe.

Japan, die "Insel des Reichtums im Meer asiatischer Armut", hat diese Chance bisher freilich nicht hinreichend genutzt und trägt mit seiner "Entwicklungshilfepolitik", die weitgehend nichts anderes ist als Exporthilfe für die eigene Industrie, nur dazu bei, die Kluft zwischen arm und reich noch tiefer werden zu lassen, als sie es ohnehin schon ist (Näheres bei "Indonesien", B/I/4). Japanische Hilfsprogramme sollten, wenn es den Erwartungen der OECD nach geht, nicht Projekte zur Förderung des eigenen Außenhandels sein, sondern müßten als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert werden, wenn in den "unterstützten" Län-

dern tatsächlich eine Art "Stabilisierung", wenigstens im konservativen Sinne, erreicht werden soll. Die bisher so intensiv kultivierte Dreiecksverbindung von "Entwicklungshilfe", Außenhandelsförderung und Rohstoffpolitik wird nur dazu führen, daß der japanische Außenhandelsüberschuß immer höher, die Abhängigkeit der südostasiatischen Staaten immer fühlbarer und der Anti-Nipponismus immer konkreter wird.

Japan scheint, aus seinen früheren Fehlern, vor allem auch aus den wachsenden Vorwürfen ("Yellow Yankees", "Economic Animals" etc.) gelernt zu haben; denn in den letzten Jahren hat es die Initiative zur Gründung einer Reihe von Hilfsorganisationen ergriffen, u.a. der Asian Development Bank (1966), der "Asian Productivity Organization", die hauptsächlich Trainingskurse mit interdisziplinären Ansätzen auf allen Gebieten der Entwicklungshilfe fördert, und in Form der 1965 gegründeten "Ministerial Conference on South East Asian Economic Development", der u.a. auch alle fünf ASEAN-Mitglieder angehören. Ferner hat Japan zugesagt, seine Entwicklungshilfe in Zukunft auf 1% seines Bruttosozialprodukts anzuheben. Trotz solcher Zusagen freilich sieht die Zukunftsbilanz eher negativ als positiv aus: Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit Indonesien, für das die Problematik der "zwei Güter" (Öl und Holz), konzentriert auf ein Land, immer brennender wird, da ja 80% der Bevölkerung nach wie vor in Wirtschaftszweigen beschäftigt sind, die sich mit der Produktion von Japan kaum interessierenden Gütern befassen.

Pauschal ausgedrückt, nützt die japanische "Entwicklungshilfe" also eher der japanischen Wirtschaft als der Stabilisierung in Südostasien.

## II. Zu Frage 2 :

Lassen sich die Probleme Südostasiens mithilfe des chinesischen Revolutionsmodells lösen?

Neben der Frage nach den allgemeinen Revolutionsmöglichkeiten erhebt sich die zweite Frage nach der Anwendbarkeit des chinesischen Modells. Die Chancen sind hier, wie in den vorausgegangenen acht Analysen dargelegt, recht unterschiedlich abgestuft: Während die Philippinen geradezu den idealen Nährboden für Linke und Rechte Strategien abgeben, erweist sich Malaysia in dieser Beziehung als unfruchtbar. Zwischen diesen beiden Extremen besteht die "Anfälligkeit für das chinesische Modell" - in dieser Reihenfolge - in Thailand, Kambodscha, Laos, Indonesien und Birma. Die Einzelheiten zu diesem Themenkomplex seien nachfolgend systematisch zusammengestellt:

### 1. Anwendbarkeit der "Linken Strategie"?

Wie im Verlaufe dieser Serie schon mehrfach erwähnt, konstituiert sich die "Linke Strategie" aus fünf Elementen: Führung durch die KP, Bildung von Befreiten Stützpunktgebieten auf dem Lande, Aufbau einer Volksarmee, Anwendung der Regeln des Volkskrieges,

Autarkie jeder revolutionären Bewegung, die nur subsidiär auf Unterstützung von außen hoffen darf.

Sind diese Voraussetzungen in den acht hier untersuchten Ländern erfüllt?

#### a) Kommunistische Parteien?

In allen Staaten, außer in Singapur, bestehen pekingorientierte KPs (in Malaysia deren zwei), die für China als Partner für eine Zusammenarbeit auf "Partei-Partei-Ebene" (zu unterscheiden von der "Staat-Staat"- sowie der "Volk-Volk"-Ebene) und als potentielle Exekutoren chinesisch geprägter Machtergreifungsstrategien in Frage kommen.

Ginge es ihrer de-iure-Stellung nach, so hätten die kommunistischen Parteien in den acht hier zu untersuchenden Staaten Südostasiens freilich nur geringfügige Chancen.

Nur in einem Land nämlich ist die kommunistische Bewegung legal (Laos), während sie in den übrigen sieben Staaten verboten ist, und zwar in der "Khmer-Republik" seit 1970, in Birma seit 1964, in Thailand seit 1952, in Malaysia seit 1948, in Singapur seit 1963 (Anschluß an Malaysia), in Indonesien seit 1965 und auf den Philippinen seit 1932.

Dabei können die KPs in den verschiedenen Ländern zum Teil schon auf ein beträchtliches Alter zurückblicken. Abgesehen von Indonesien, das die älteste kommunistische Partei Asiens überhaupt besitzt, wurden die KPs von Singapur und Thailand bereits in den zwanziger Jahren, die der Philippinen und Malaysias in den dreißiger Jahren und die Birmas, Kambodschas und Laos' in den vierziger Jahren gegründet (Kambodscha: 1945, Laos: 1945, Birma: 1943, Thailand: 1928, Malaya: 1931, Singapur: 1927, Indonesien: 1920, Philippinen: 1930).

Die einzelnen Probleme dieser Parteien:

- Illegalität:

Fünf von den neun hier erwähnten KPs sind bereits vor dem Jahre 1937, also bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in Asien gegründet worden. Damals harmonisierten ihre ideologische Ausrichtung und ihr nationales Interesse, die beide gegen den "Imperialismus" gerichtet waren, so daß sie mit den bürgerlichen Parteien am gleichen Strang ziehen konnten. Nach dem Krieg und zumeist auch erst nach Erringung der Souveränität wurden die einzelnen KPs verboten. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen, zumal sie sich mit einer Zielstrebigkeit um die Macht bewarben, die ihren bürgerlichen Kontrahenten unheimlich sein mußte. Einige der Parteien hatten es sogar verstanden, sich durch militärisch organisierten Widerstand gegen die Besatzungsmacht der Japaner Sympathien in der Bevölkerung zu erwerben (besonders zu erwähnen hier noch die MPAJA in Malaya, die später mit ihren Aktionen die von 1948-1960 dauernde Emergency auslöste, sowie die Huks auf den Philippinen, die ursprünglich ebenfalls gegen Japan kämpften, später dann aber auch der Regierung in Manila jahrelang zu schaffen machten). Eine besondere Schwäche der kommunistischen Partei-

en in Asien liegt darin, daß sie durchweg mit der erbitterten Gegnerschaft der nationalen Armeen konfrontiert sind. Diese Gegnerschaft ist nicht zuletzt deshalb gravierend, weil die Militärs gerade in Entwicklungsländern einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Staatsmacht innehaben und weil sie neben ihren natürlichen Schutzaufgaben auch Obliegenheiten der Polizei und Verwaltung, der Erziehung und Entwicklung übernehmen. Der Konfrontation mit einem so mächtigen, allgegenwärtigen Gegner kann sich die kommunistische Bewegung nur dort entziehen, wo ihr eine starke Massenbasis zur Verfügung steht.

Anfang 1973 standen an der Spitze von nicht weniger als vier der hier zu behandelnden acht südostasiatischen Staaten Armeegeneräle: Thanom Kittikarchon in Thailand, Lon Nol in Kambodscha, Ne Win in Birma und Suharto in Indonesien. Sie verfügten über folgende Streitkräfte: Thailand: 175.000 Mann, Kambodscha: 179.000, Birma: 143.000, Indonesien: 319.000. In den nicht unmittelbar von Militärs geführten Staaten sieht das Zahlenverhältnis folgendermaßen aus: Laos: 55.000, Malaysia: 50.000, Philippinen: 34.600 und Singapur: 16.000 Mann. In Indonesien, Malaysia und auf den Philippinen haben diese Armeen entscheidend zur Zerschlagung der kommunistischen Bewegungen beigetragen; in Birma, Thailand und Laos sind sie ständig mit dem Kampf gegen linke - meist separatistische - Bewegungen befaßt. Der Grad dieses Engagements ist in den einzelnen Ländern verschieden. Während es sich bei den indonesischen Streitkräften um eine hoch politisierte "Befreiungsarmee" handelt, die den Übergang ihres Landes in die Selbständigkeit erkämpft hat und auch heute noch leidenschaftlich an der nationalen Integration teilnimmt - also "Störer" entschieden bekämpft -, sind die Armeen der anderen sieben Länder weit weniger politisiert, wenn man von speziellen Counter-Insurgency-Einheiten, wie in Malaysia und auf den Philippinen sowie in Thailand, absieht. Trotz der recht unterschiedlichen "politischen" Orientierung ist aber sämtlichen Armeen das Selbstverständnis gemeinsam, Hüter der nationalen Einheit zu sein. Als fest besoldete Einheiten mit stark modernistischer Motivation können sie auch als "neue Mittelklasse" gelten, die sich durch keine kommunistische Intervention aus ihrer Stellung verdrängen lassen möchte. Die zu sehr verallgemeinernde sowjet-marxistische Theorie vom Militär als Träger der "Nationaldemokratischen Revolution" auf nichtkapitalistischem Entwicklungspfad trifft auf die Armeen freilich nicht unterschiedslos zu. In Indonesien beispielsweise dient die Armee durchaus partikulären Interessen, wie schon die unterschiedlichen Gruppierungen (Politgeneräle, Offiziere in den Provinzgarnisonen, verbliebene "Sukarnoisten" etc.) beweisen (Näheres vgl. Indonesien AI/2b).

#### - Regionalität:

Da in Südostasien nicht nur keine einzige KP die Macht ergreifen, sondern sich nicht einmal in der Legalität behaupten konnte, blieb der Wirkungsbereich der einzelnen kommunistischen Gruppen im allge-

meinen auf relativ schmale Regionen beschränkt (Kambodscha: Phnom Penh, Ostregionen Ratanakiri und Mondolkiri, nach 1970 aber Ausdehnung über ganz Kambodscha; Laos: Gebiete der Lao Sung und der Lao Theung vorwiegend im Nordosten; Birma: Rangun und nördliche Randstaaten; Thailand: Norden, Nordosten und Süden; Malaysia: Grenze zu Thailand, Sarawak/indonesische Grenze; Indonesien: Zentral- und Ostjava; Kalimantan/malaysisches Sarawak, eine Zeitlang auch Bali; Philippinen: Luzon, seit neuerer Zeit auch Mindanao und Sulu-Archipel). Meist handelt es sich bei den Schwerpunktsgebieten um soziale Spannungsfelder, z.B. um arme Grenzgebiete (Nordost-Thailand, Nord-Borneo, Städte und Provinzen mit einem hohen Anteil arbeitsloser Intellektueller wie Rangun oder Manila), Areale mit ethnologischem Sprengstoff (malaysisch-indonesisches Grenzgebiet in Sarawak, Mindanao, Nordbirma etc.) und Bevölkerungsteile, die ausländischen Einwirkungen besonders zugänglich sind (z.B. Auslandschinesen in Rangun und so weiter). Eine gewisse Ungeschicklichkeit, die fast sämtliche südostasiatische Regierungen im Umgang mit der ihnen weitgehend fremden und vielfach rätselhaften Landbevölkerung zeigen und die das Problem des "vergessenen Dorfes" verstärkt hat, erleichtert den Zugriff der kommunistischen Bewegungen, ohne freilich immer ein "befreites Stützpunktgebiet" im Sinne der Linken Strategie Chinas zu begünstigen.

- Besonders heikel ist das Problem der "Orientierung": Bei der Frage, ob sich die einzelnen KPs nach Peking oder aber nach Moskau hin ausrichten sollten, kam es vielfach zu starken Spannungen, die in einigen Fällen zur Spaltung der lokalen KPs führten:

Die Kommunistische Partei Kambodscha (Pracheachon), von der die Führung über den Roten Khmer ausgeht, orientiert sich hauptsächlich an Hanoi und nimmt an dessen Pendelbewegungen zwischen Peking und Moskau teil: ein Umstand, der Peking veranlaßt hat, die "Sihanoukisten" bei ihrer Vereinten Front mit den Kommunisten mit Nachdruck zu unterstützen und damit Sihanouk - als eine Art Gegengewicht zu den Kommunisten - zum Manne Pekings zu machen.

Ähnlich wie die kambodschanische KP ist auch die laotische KP, die ja meist nur durch ihre "Vereinte Front" den "Neo Lao Haksat", nach außen hin in Erscheinung tritt, nach Hanoi hin orientiert. Von einer eindeutig chinesischen Ausrichtung der Lao-KP kann also keine Rede sein.

In Birma dagegen gibt es bereits seit 1950 eine eindeutig nach Peking hin ausgerichtete Fraktion der KP Birmas, die "Weiße Flagge", die nicht nur das chinesische Revolutions- und Machtergreifungsmodell voll akzeptiert, sondern darüber hinaus versucht hat, die Kulturrevolution auf die birmanische KP zu übertragen.

Ebenso eindeutige Verbindungen unterhält die thailändische KP zu Peking (Aufbau einer Volksbefreiungsarmee und verschiedene Massenorganisationen nach chinesischem Schema, Radio "Stimme des Thailändischen Volkes", Ausbildung führender Persönlichkeiten

in China, Programm, die "Städte" von den "Dörfern" her zu erobern, usw.).

Auch die KP Malaya betrachtet China als eigentliches Modell (Einkreisungsstrategie, Führung durch den Chinesen Chin Peng; Forderung nach einer "Neudemokratischen Revolution" in der malaiischen Gesellschaft usw.). Eine ähnliche Orientierung verfolgt die KP von Sarawak.

Die indonesische PKI hat sich unter Aidit bereits zu Beginn der sechziger Jahre für China ausgesprochen, war ein wesentlicher Bestandteil des Dreiecks Sukarno-Peking-PKI und unterhält auch heute noch eine permanente Mission in der chinesischen Hauptstadt.

Auf den Philippinen schließlich existieren de facto zwei KPs, deren eine moskau-orientiert und deren andere ganz nach maoistischem Vorbild aufgezogen ist (Übernahme der "Gedanken des Vorsitzenden Mao", Aufbau einer neuen Volksarmee und Führung durch Cison, der enge Verbindungen mit China unterhält).

Mit Ausnahme zweier Moskaufraktionen, von denen sich maoistische "Neo-KPs" abgespalten haben (Birma, Philippinen), sind also die KPs in sechs Ländern eindeutig peking-orientiert und in zwei Staaten nach Hanoi, also auf einen Pendelkurs zwischen Peking und Moskau, ausgerichtet. Peking besitzt hier nach alledem relativ gute Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit auf der Ebene "Partei - Partei" (11).

#### b) Befreite Stützpunktgebiete?

Vom Gelände her gesehen bieten alle Staaten, wiederum mit Ausnahme von Singapur, ideale Bedingungen für die Bildung von "befreiten Stützpunktgebieten auf dem Land":

- Der Khmer-Staat besteht eigentlich aus "zwei Kambodschas", nämlich dem "Herzland", in dem etwa 90% der 7 Mio. Kambodschaner auf einer Fläche von rd. einem Drittel des Landes leben, und den "Außenländern" im Norden, Nordosten und Süden, die von Bergen und Wäldern durchzogen und nur wenig besiedelt sind. Mit dieser Zweiteilung deckt sich im wesentlichen auch die ethnische Verteilung der Bevölkerung; die Minoritäten leben also hauptsächlich in den gebirgigen Dschungelregionen.

- Laos zerfällt geographisch in vier Großregionen (Bergkette im Nordosten; verschiedene Hochplateaus in der Zentralregion, u.a. die Ebene der Tonkrüge; Ebenen entlang dem Mekong; geographisches Herz am Mekong). Die staatstragende Lao-Loum-Bevölkerung ist hauptsächlich in der "Herzgegend" angesiedelt, während die Minderheiten vor allem in ersten zwei Regionen leben.

- Birma ist geographisch ein buntscheckiger Teppich, der nicht nur aus rund 40 Völkern und verschiedenen "Staaten" (Shan, Katschin, Kayah, Karen-Staat) besteht, sondern darüber hinaus auch geographisch stark zerklüftet ist und insofern ideale Rückzugsgebiete abgibt.

- Thailand bildet geographisch eine große, flache "Reisschüssel", an deren Rändern sich im Norden und Nordosten, aber auch im Süden, dschungelige Gebirge anschließen, die meist von Minderheiten besiedelt sind oder aber von solchen Völkern, die sich subjektiv als Minderheiten empfinden (Lao-Isan-Ideologie im Nordosten!).

- Die malaiische Halbinsel, die an ihrer breitesten Stelle nur 300 km mißt, bietet keine allzu guten Ansatzpunkte für "Stützpunktgebiete", zumal das Staatsgebiet von Malaysia hier nur an einen einzigen Nachbarstaat, Thailand, angrenzt und im übrigen von Meeren (Südchinesisches Meer im Osten, Malakka-Straße im Westen) umgeben ist, die sich leicht durch Küstenpatrouillen kontrollieren lassen. Das Operationsgebiet für Aufständische ist deshalb auf einen schmalen Nordsüdstreifen eingegrenzt, der beispielsweise während der "Emergency" "aufgerollt" werden konnte.

- Weitaus bessere Areale bieten hier die Dschungelgebiete von Sarawak, vor allem die dortige, von dichten Urwäldern überzogene Zone Nr.3.

- Der Stadtstaat Singapur kommt für revolutionäre Stützpunkte irgendwelcher Art aus naheliegenden Gründen nicht in Betracht. Gerade deshalb ging China ja lange Zeit von der Prämisse aus, daß Singapur ein integrierender Bestandteil von Malaya sei, der in den großen Plan, die Städte von den Dörfern her zu erobern, organisch eingegliedert werden konnte.

- Indonesien bietet, geographisch gesehen, eine Unzahl von Unterschlupfmöglichkeiten für potentielle Aufständische. Bezeichnenderweise aber haben sich kommunistische Ansätze bisher nur in den dicht besiedelten Gebieten von Zentral- und Ostjava sowie in Bali herausbilden können, wenn man von den Operationsgebieten der Partisanen in Nordkalimantan absieht, wo ja durch die Sukarno-Regierung im Zuge der Konfrontasi-Politik größere Militäreinheiten eingesetzt wurden, die später zum Teil im Dienste der kommunistischen Sache dort weiterkämpften.

- Die Philippinen schließlich lassen sich, was die geographische Vielfalt anbelangt, am ehesten mit Indonesien vergleichen. Doch auch hier haben sich die Aufständischen de facto nur an bestimmten Punkten festsetzen können (Zentral- und Nordluzon, Mindanao, Negros, Panay).

#### c) Volksarmeen?

Fast in allen Ländern haben sich auch "Volksarmeen" herausgebildet, die sich zumeist aus landlosen Bauern rekrutieren und von städtischen Intellektuellen geführt werden.

- Kambodscha: Früher "Rote Khmer", seit 1970 "Kambodschanische Nationale Befreiungskräfte" unter Führung der FUNK (Einheitsfront von Kambodscha)

- Laos: Pathet Lao

- Birma: Streitkräfte der "Weißen Flagge" sowie Teilkräfte der verschiedenen Unabhängigkeitsarmeen (z. B. der Katchin, der Karen etc.)

- Thailand: Thailändische Volksbefreiungsarmee (gegründet am 1. Januar 1969)

- Malaysia:

- a) Malaiische Halbinsel: "Malaiische Befreiungsarmee", hervorgegangen aus der MPAJA (Malayan People's Anti-Japanese Army)
- b) Sarawak: zwei separat organisierte militärische Streitkräfte, nämlich die "Volksguerilla-Streitkräfte von Sarawak" und die "Volksstreitkräfte von Nordkalimantan"

- In Indonesien liefen bis 1965 großangelegte Versuche der PKI, eine eigene Volksmiliz aufzubauen. Seit der systematischen Kommunistenverfolgung haben sich immer wieder Ansätze von Streitkräften, zuletzt vor allem in Blitar, herauskristallisiert, die von der Regierungsarmee dann freilich jeweils zerrieben wurden. Heute gilt eine Taktik der absoluten Dezentralisierung und der "Organisation ohne Form", die nicht mehr von organisierten Basen ausgehen kann. Lediglich in Westborneo - in den Tagen der Konfrontationspolitik Sukarnos ein Aufmarschgebiet gegen Malaysia - bestehen noch Einheiten "progressiver Guerilla-Kämpfer".

- Auf den Philippinen besaß die KPPh zunächst in ihrer antijapanischen Befreiungsarmee (Huk) einen starken militärischen Arm. Reste der alten Huk-Bewegung bestehen auch heute noch. Doch hat inzwischen die "Neue Volksarmee" (gegründet 1968) die Mission einer Volksstreitmacht an sich gerissen.

d) "Volkskrieg"?

Die Strategie des Volkskrieges, den Gegner ins eigene Gebiet hereinzulocken, den Zeitfaktor politisch und psychologisch langsam (und nicht etwa durch "Blitzkrieg" auszuspielen), nicht nur reguläre Armeen, sondern daneben auch örtliche Guerillas und Milizen operieren zu lassen, militärische Aktionen mit "Politik" (Landreform, Massenmobilisierung, Schulungen aller Art etc.) zu flankieren und vor allem - durch Auschwärmen, blitzschnelles Zuschlagen und ebenso schnelles Untertauchen - stets die Initiative zu behalten, wurde von den einzelnen "Volksarmeen" bisher prinzipiell angewendet und führte zu recht unterschiedlichen Ergebnissen: ein Teil der "Bewegungen" (z.B. in Kambodscha, Laos und Thailand) war damit nämlich wesentlich erfolgreicher als ein anderer (Malaya, Indonesien).

Als Beispiel für die Anwendung der Strategien und Taktiken des Volkskrieges sei hier auf die Aktionen der thailändischen Kommunisten verwiesen (vgl. Abschnitt Thailand A/2 und B/2/3).

e) Autarkie?

Die einzelnen Befreiungsbewegungen haben - auch schon deshalb, weil ihnen nach Lage der Dinge ja gar nichts anderes übrigblieb - stets versucht, mit ihren Aktionen "auf eigenen Beinen zu stehen". Lediglich die PKI hat möglicherweise in den sechziger Jahren Unterstützung von seiten der Regierung Sukarno und

vor allem aus Kreisen der Auslandschinesen erhalten.

## 2. Chinas bisherige Unterstützungs-Politik

Im Rahmen der subsidiären "Unterstützung" hat die VR China verschiedenen Bewegungen unter die Arme gegriffen.

- Ganz besonders traf dies für Kambodscha zu. Peking hat beim Aufbau der FUNK, der GRUNK, des Partisanensenders "Stimme der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha", beim Aufbau der "Kambodschanischen Nationalen Befreiungsfront" und bei der Koordinierung der antiamerikanischen Strategie durch die "Indo-chinesische Gipfelkonferenz von Canton" am 24./25. April massiv mitgeholfen. Außerdem hat es den Führern der FUNK, vor allem Prinz Sihanouk, mit Hilfe seiner Massenkommunikationsmittel zu weltweitem Echo verholten, nicht zu reden von den verbalen Aktionen gegen die "Lon-Nol-Clique" in Phnom Penh.

- In Laos hat China seit 1959 die Pathet-Lao-Streitkräfte mit Waffen beliefert und sie mit militärisch-politischen Trainingsmöglichkeiten versorgt. Der Pathet Lao erhielt außerdem Gelegenheit, über Radio Peking Anti-Vientiane-Propaganda zu treiben. Peking unterstützte den Pathet Lao ferner gegen Versuche der UNO, Nachforschungen "an Ort und Stelle" durchzuführen. Seit 1966 kamen rd. 1000 politische Ausbilder aus China in die befreiten Gebiete von Laos. Zugleich baute China seine strategische Straße, die von Südchina aus bis zum nordlaotischen Muong Say führt und sich von dort in mehrere Richtungen, u.a. nach Dien Bien Phu im Osten sowie nach Nordthailand im Westen, verzweigt. China empfahl dem Pathet Lao ferner vor aller Welt die Anwendung seiner bewährten "Befreite-Stützpunkt-Strategie", d.h. eine Leopardenfellstrategie in den gegnerischen Gebieten sowie den Ausbau der großen "befreiten Zone im Nordosten", die Errichtung einer Volksarmee und die Befolgung einer Politik der Autarkie in den befreiten Gebieten. Besonders massiv verwendete sich Peking zugunsten der Mitgliedschaft der Neo Lao Haksat an den Regierungsgeschäften in Vientiane. Als die NLH-Mitglieder schließlich infolge bedrohlicher Entwicklungen ihre Regierungsposten in der laotischen Hauptstadt verließen, gehörte Peking mit zu den ersten Staaten, die mit Empörung gegen die Regierung Souvanna Phouma vom Leder zogen.

- Birma: Die "Weiße Flagge" begann schon 1950, sich nach Peking hin zu orientieren, womit sie von vornherein der Sympathien der KPCh sicher sein konnte. Die Chinesen bauten denn auch seit 1962 die alte Birma-Straße, die während des Zweiten Weltkrieges unter General Stilwell errichtet worden war und die u.a. an das Gebiet der Shan und Katchin heranführt, weiter aus, um auf diese Weise seine politische Präsenz in diesen von Minderheitenproblemen geschüttelten Krisengebieten manifest zu machen. Seit der Kulturrevolution, vor allem aber seit Juli 1967, begann China, die Aufständischen sowohl in Rangun als auch in den Minderheitsgebieten offen zu unterstützen. Nach den schweren Ausschreitungen in Rangun wurde die "Ne-Win-Clique" als "re-

aktionäre Bande" von faschistischen Killern angegriffen und die "Weiße Flagge" offen zum Angriff auf die Zentralregierung ermuntert. U.a. sollen in diesem Zusammenhang Hunderte von chinesischen Ausbildern in den Katchin-Staat eingesickert sein. Außerdem haben die Chinesen Anfang 1968 der "Weißen Flagge" beim Aufbau des sog. "Nordostkommandos" geholfen, einer völkisch bunt gemischten Kampfeinheit von mehreren tausend Mann, die sich hauptsächlich aus Minderheiten rekrutierte. Revolutionäre Verbände wurden ferner mit chinesischen Waffen ausgerüstet und konnten in China Trainingskurse für die Handhabung dieser Waffen durchlaufen. China veranlaßte die birmanischen "Peking-Heimkehrer" der "Weißen Flagge" im August 1967, parallel zur chinesischen Kulturrevolution eine eigene entsprechende Revolution durchzuführen. Seit April 1971 schließlich bringt der Partisanensender "Stimme des Volkes von Birma" regelmäßig Programme für die Festigung der revolutionären Infrastruktur in Birma. Seit 1971 freilich ist China mit dieser "Unterstützungspolitik" zurückhaltender geworden.

- Thailand: Die chinesische Unterstützung der thailändischen Aufstände erfolgte in engem Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg. Bereits 1962 war der Partisanensender "Stimme des thailändischen Volkes" mit chinesischer Hilfe in Betrieb genommen worden. Pekinger Presseorgane druckten Verlautbarungen dieses Senders immer wieder nach. Im Jahre 1964 spendete China der Gründung der TIM und der TPF sowie anderen Massenorganisationen offen Beifall. Am 1. Oktober veröffentlichte Hsinhua ferner die Glückwunschsadresse der bis dahin einigermaßen obskur gebliebenen KPT. In diesem Dokument wurde China als revolutionäres Modell für die Länder der Dritten Welt gepriesen. Im gleichen Jahr errichteten TIM und TPF in Peking permanente Missionen und wurden von China auf internationalen Konferenzen präsentiert. Peking leistete auch Beifall, als die einzelnen Massenorganisationen sich 1965 zur TUPF zusammenschlossen. Peking beherbergt schließlich einen der Väter des Kommunismus in Thailand, Pridi Phanomyong. Auch einige andere Kommunistenführer haben in der chinesischen Hauptstadt Fuß fassen können und bestimmen dort möglicherweise den Kurs der KPT mit.

Anfang Januar 1969 gab Peking ferner die Gründung des "Oberkommandos der Thailändischen Volksbefreiungsarmee" bekannt. Ob es auch Waffen liefert, ist ungeklärt. Auf alle Fälle bauen die Chinesen weiter an ihrer Straße von Nordlaos in Richtung auf Nordost-Thailand.

- Malaysia: Die Hilfe Chinas für die KPM erstreckt sich im wesentlichen auf drei Aspekte: Peking gewährt einer Reihe von KPM-Mitgliedern Asyl und zieht sie als Sachberater für malaiische Angelegenheiten heran. Möglicherweise ist der Einfluß der Pekinger Gruppe auf die KPM effektiver als der lokaler KPM-Organisationen. Auch propagandistisch leisten die Chinesen den malaiischen Kommunisten immer wieder kräftige

Schützenhilfe. Im November 1969 wurde u.a. die Rundfunkstation "Stimme der Malaiischen Revolution" eröffnet, die von der KPM, wie es heißt, mit dem Ziel gegründet wurde, "die großen Mao-Tse-tung-Ideen und den revolutionären Kampf der KPM und des malaiischen Volkes tatkräftig zu propagieren". Möglicherweise liefert China der "Malaiischen Nationalen Befreiungsarmee" sowie den "Volksstreitkräften von Sarawak" auch Waffen.

- Singapur bildet auch hier, wie fast in allen anderen Aspekten, insofern eine Ausnahme, als offene Kontakte zwischen China und den Barisan-Sozialisten nicht bekannt geworden sind, möglicherweise auch gar nicht bestehen, da für China bis vor kurzem ja ausschließlich die KPM für Singapur "zuständig" war.

- Im Falle Indonesiens gingen die Chinesen nach einem besonderen Schema vor: Hier galt es ja nicht gegen das herrschende Regime mit Präsident Sukarno an der Spitze zu arbeiten, sondern nur gegen Teile des Establishments, vor allem in der Armee. China handelte durchaus konsequent, wenn es hier den Aufbau einer bewaffneten Volksmiliz gegen den Willen der Armee unterstützte, wenn es sich aufs engste mit der PKI und ihrem Vorsitzenden Aidit zusammenschloß und den Präsidenten umwarb, so daß schließlich von einem Dreieck Chinesische Botschaft-PKI-Staatspräsident die Rede sein konnte.

Inwieweit Peking 1965 in der Lage war, bei dem Wiederaufbau der Basen, u.a. in Blitar, aktive Unterstützung zu leisten, läßt sich nicht klären. Auf alle Fälle wurde revolutionäre Literatur chinesischer Provenienz in verschiedene Teile Indonesiens eingeschmuggelt. Peking "unterstützt" in verbaler Form nach wie vor die Arbeit der PKI und beherbergt immer noch den einzigen Überlebenden des PKI-Politbüros von 1965, Jusuf Adjitorop.

- Auf den Philippinen "unterstützte" die VRCh sowohl die Gründung der KPPH (ML) als auch die der NVA (Neue Volksarmee). Ferner bestehen enge Verbindungen zum Parteivorsitzenden Cison, der bereits mehrere Male in der chinesischen Hauptstadt war. U.a. ließ Peking über seine Hongkonger Filiale der "Ta-kung-pao" das grundlegende Werk Cisons über die "Philippinische Gesellschaft und Revolution" verlegen und verbreiten. Chinesische Presseorgane drucken auch immer wieder Verlautbarungen der Parteizeitung Ang Bayan nach, in denen von Maßnahmen der Linken Strategie nach sino-kommunistischem Schema die Rede ist.

Mit den "fremden Soldaten" und den "ausländischen Ausrüstungen", die im Zusammenhang mit den Moslem-Aufständen in Mindanao immer wieder zur Sprache kamen, waren allerdings keine chinesischen Unterstützungsakte gemeint, sondern Versuche Sabahs, auf Gebiete im Sulu-Archipel Einfluß zu nehmen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß China seine "Unterstützung" im wesentlichen in Form von Sympathiepropaganda, Waffenlieferung, Ausbildungstraining, Einrichtung von revolutionären "Missionen",

in der Errichtung verschiedener Partisanensender, im Ausbau "politischer Straßen" und politischer Unterweisung leistet. "Unterstützung" durch unmittelbare militärische Intervention zugunsten einer Aufstandsbewegung hat in Südostasien noch in keinem einzigen Fall stattgefunden.

## 2. Anwendbarkeit der "Rechten Strategie"?

Betrachtet man das Ergebnis der vorausgehenden Untersuchungen zur Anwendbarkeit der Linken Strategie, so scheint sich prima facie jener Eindruck zu bestätigen, der während der fünfziger Jahre ja bereits in der amerikanischen Domino-Theorie seinen bedeutendsten Ausdruck gefunden hat: Die chinesischen Hoffnungen auf Eroberung der Städte von den Dörfern her scheint langfristig aufzugehen.

Freilich erfährt dieses Bild eine grundlegende Korrektur, wenn man den Scheinwerfer nun auf die "Rechte Strategie" richtet, die ja mit dem "Linken" Einkreisungskonzept organisch verbunden ist und zu diesem sich ebenso verhält wie die rechte zur linken Hand.

Aufgabe der Rechten Strategie in der chinesischen Revolution, wie sie im Konzept der "Neuen Demokratie" ihren konkretesten Ausdruck gefunden hat, war es, die nationale Revolution (damals gegen Japan) und die demokratische Revolution (Sturz der heimischen Grundbesitzerklasse) miteinander zu verbinden, wobei alle jene Kräfte "maximal zu vereinen" waren, die einerseits gegen den Imperialismus und andererseits gegen den inländischen Feudalismus zu kämpfen bereit waren: also das Proletariat, die Armen und Unteren Mittelbauern, die städtische Kleinbourgeoisie sowie mit Einschränkungen die nationale Bourgeoisie. Diese vier Klassen hatten sich zu einer revolutionären Einheitsfront gegen Imperialismus und Feudalismus zusammenzuschließen.

Wie wenig sich dieses Schema einheitlich auf Südostasien anwenden läßt, zeigen die beiden extremen Fälle Philippinen und Malaysia:

a) Was die Philippinen anbelangt, so mag man dort, cum grano salis, "halbkoloniale" (US-Einfluß!) und "halbfeudale" (Grundbesitz und Ausbeutungspraktiken der "400 Illustrados-Familien!) diagnostizieren, gegen die der Rest des Volkes mobilisiert werden kann. Eng mit diesem "Vereinte-Fronten"-Kampf ließe sich die "Einkreisungsstrategie" verzahnen, mit deren Hilfe ja das ganze Land von einigen befreiten Stützpunkten her aufgerollt werden soll.

b) Konträr verschieden dazu ist die Situation in Malaysia, zumindest auf der malaiischen Halbinsel. Die malaiische Gesellschaft kann theoretisch als "halbfeudal" rubriziert werden, während das Epitheton "halbkolonial" in der heutigen Situation wohl kaum noch gerechtfertigt ist. Könnte aber das Revolutionsmodell der Neuen Demokratie nicht auch in diesem auf den "Halbfeudalismus" eingeschränkten Rahmen noch Platz greifen? Die Antwort lautet: nein. In den meisten Fällen mag zwar die marxistische Intention,

alle Widersprüche letzten Endes auf Klassenwidersprüche zu reduzieren, erfolgreich sein. In Malaysia müßte man aber die Fakten geradezu auf den Kopf stellen, wollte man den Klassenwiderspruch als letzte Determinante der dortigen Spannungen diagnostizieren. Nach Lage der Dinge spielt hier nämlich der Rassenkonflikt eine weitaus stärkere Rolle als die Klassensituation. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die KPM immer wieder das Rassenargument aus ihren Verlautbarungen auszusparen versucht. Angeblich geht es in der malaiischen Gesellschaft darum, die ärmeren Gruppen des Volkes gegen die vom malaiischen Adel dominierte und angeblich vom chinesischen und vom indischen Großbürgertum unterstützte Führung des Landes zu mobilisieren. Abgesehen jedoch davon, daß eine solche Koalitionsstrategie bereits nicht mehr ganz dem maoistischen Vier-Klassen-Bündnis entspricht (es soll dort ja auch das Großbürgertum bekämpft werden!), wird das von der KPM propagierte "Klasseninteresse" bei weitem durch die malaiische Rassensolidarität überspielt. Unter diesen Umständen postulieren zu wollen, daß Arbeiter (darunter viele Chinesen!), Bauern (meist Malaien) und "Bürger" (sowohl das Klein- als auch das Großbürgertum bestehen zumeist aus Chinesen) sich zu einem Bündnis zusammenschließen sollen, um gegen die feudale Struktur des Landes zu kämpfen, hieße die grundlegenden Probleme der malaiischen Gesellschaft mit einem kraftlosen ideologischen Koalitionspostulat überspielen.

Selbst bei oberflächlicher Betrachtung wird es nämlich schon deutlich, daß in Malaysia "Feudalisten" und Bauern (also zwei Gruppen von Malaien!) auf der einen Seite des Stranges und die chinesische Volksgruppe (vom Großbürger angefangen bis zum einfachen Arbeiter) auf der anderen ziehen.

Diese Klassenstruktur wirkt sich in Malaysia letzten Endes auch auf Maßnahmen der Linken Strategie aus. Dies zeigt bereits eine empirische Feststellung: Immerhin ist es eine Tatsache, daß die KPM und ihre wichtigste Aktion, die zwölfjährige Emergency, fast ausschließlich von malaiischen Inlandschinesen getragen wurden. Nun verhält es sich aber so, daß die Mehrzahl der malaiischen Chinesen in den Städten lebt (die Chinesen machen dort 64%, die Malaien 23% aus). Auf dem Lande dagegen hat die malaiische Bevölkerung mit weitem Abstand die Mehrheit. Die "Einkreisungsstrategie" müßte sich - will sie sich selbst treu bleiben - auf den ländlichen, also malaiischen, Bevölkerungsanteil stützen, der bisher kaum revolutionäre Ambitionen gezeigt hat. Umgekehrt ist die kommunistische Bewegung Malaias und auch Sarawaks ausgerechnet von Chinesen getragen, von Elementen also, die sich auf dem Lande in der Minderheit befinden und deswegen für ein "Einkreisungskonzept" in größerem Stil nicht in Frage kommen.

Die Philippinen und Malaysia sind, wie gesagt, Extremfälle, doch zeigen sie gerade als solche besonders prägnant, mit welchen Chancen und Hindernissen das chinesische Modell allein in einer Region wie Südostasien konfrontiert sein kann. Die anderen sechs Staaten liegen

in unterschiedlicher Abstufung zwischen diesen beiden Polen:

- In Kambodscha hat sich seit Mitte der sechziger Jahre eine neue "bürokratisch-kapitalistische Klasse" herausgebildet, die einen Gegenkurs zum versuchten "Khmer-Sozialismus" steuerte, kapitalistische Methoden erprobte und ihr Augenmerk auf die USA richtete. Angesichts dieser Entwicklung war es theoretisch möglich, die wenigen Arbeiter, die Masse der Bauern (Battambang, Mondolkiri, Rattanakiri!) und vielleicht auch einen Teil des städtischen Bürgertums zu einer vereinten Front gegen die bürokratisch-kapitalistische Klasse zusammenzuschweißen.

- Ähnlich ist die Situation in Laos, wo die führenden Kräfte meist nichts anderes sind als "Abschöpfungseliten", für die das Etikett des "Bürokratischen Kapitalismus" recht gut paßt.

- Birma: Die Struktur des politischen Systems der Union Birma (Verstaatlichung der Wirtschaft, Einparteienstaat, weitgehende Zentralisierung aller Funktionen im Interesse der Birmanisierung) haben Voraussetzungen geschaffen, die einen "bürokratischen Kapitalismus" zugunsten einer partikulären Interessen wahrnehmenden Elitegruppe zumindest möglich macht. Von den Regimes in Kambodscha und Laos unterscheidet sich das birmanische freilich dadurch, daß die Aneignung des von den Massen erarbeiteten Sozialproduktes durch eine Klasse bei weitem nicht im selben Umfang vollzogen wird wie dort und daß außerdem kaum von "halbkolonialen Bedingungen" die Rede sein kann; denn ganz anders als die Elite der "Khmer-Republik" und des Königreichs Laos versucht die birmanische Regierung, jede stärkere Anlehnung an die eine oder andere Macht zu vermeiden, um dadurch den Zustand der positiven Neutralität des Staates zu perpetuieren.

- Thailand: Die Merkmale einer "bürokratisch-kapitalistischen" Klasse kristallisieren sich besonders deutlich an der thailändischen "Cliquenstruktur", die eine geradezu exemplarische Verklammerung von Politik und Geschäft ermöglicht und dazu führt, daß die Mächtigen an einer Veränderung des Status quo kaum interessiert sind. Die privilegierten Kandidaten legitimieren ihren Status vor allem mit Hilfe zweier wesentlicher Elemente der Thai-Kultur, nämlich erstens der Monarchie und zweitens mit dem Hinweis darauf, daß der bereits errungene Status ja nichts anderes sei als die Folge buddhistisch-religiöser Verdienste aus einer früheren Existenz. Das thailändische Gesellschaftsmodell kommt insofern dem philippinischen am nächsten, wenngleich die Abhängigkeit (Merkmal: "halbkolonial") gegenüber den USA bei weitem nicht so stark ausgeprägt ist wie im Falle der Inselrepublik.

- In dem nach britischer Tradition aufgezogenen Stadtstaat Singapur, der von einer effektiven und nur wenig korrumpierten Bürokratie getragen wird, kann von "bürokratischem Kapitalismus" kaum die Rede sein. Als Klassenfeind käme hier am ehesten jene

Stadtstaat-Bourgeoisie in Betracht, die in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmern und Investoren die Arbeiterschaft (Bauern sind kaum vorhanden) ausbeutet. Für ein Klassenbündnis kämen hier allenfalls die Arbeiterschaft und die Kleinbourgeoisie in Betracht mit der Einschränkung allerdings, daß auch hier ein tiefer Graben zwischen den "Angehörigen der chinesischen und der malaisischen Community verläuft, der für eine Präponderanz der Rassenmerkmale sorgt. Ist doch bereits der Begriff "nationale Bourgeoisie" mit all seinen Abkapselungsassoziationen in einem Handelsstaat wie Singapur, dessen Lebensfaden ja von möglichst intensiven Beziehungen zu aller Welt abhängt, ein Widerspruch in sich selbst. Hat der Stadtstaat doch entweder die Aufgaben, mit aller Welt zusammenzuarbeiten oder aber überhaupt sich selbst aufzugeben. Wie der Ausdruck "Nation Singapur" nur bedeuten kann, daß der Stadtstaat kein drittes China ist und außerdem sich als selbständige Einheit integrieren muß, so auch muß der Begriff "Nationale Bourgeoisie" verstanden werden.

- Indonesien schließlich besitzt eine Klassenstruktur, die bei weitem nicht die Kohäsion der indonesischen *Ustrados* und der thailändischen "Cliques" aufweist, diesen beiden Gesellschaften aber doch am nächsten kommt; Auch hier sind die Ansätze für "bürokratischen Kapitalismus" gegeben, insofern politisch-militärische Machtpositionen zugleich profitbringend sein können und häufig auch sind. Die "Handelsgeneräle" und das Unternehmen Pertamina sind dafür die deutlichsten Manifestationen.

Linke und Rechte Strategie à la China findet also in den behandelten acht Ländern Südostasiens unterschiedliche Ausgangsbedingungen vor. Sechs dieser Länder lassen sich unter maoistische Kategorien mit einigermaßen befriedigenden Ergebnissen subsumieren. Durch die Mitte Südostasiens freilich verläuft der "Klotz" Malaysia, der das "revolutionäre" Südostasien in zwei Teile trennt. Geopolitisch dürfte dies dazu führen, daß die Domino-Theorie, sollte sie in ihren Voraussetzungen überhaupt zutreffen, vor den Toren Malaysias enden würde. Der Domino Malaysia würde also kaum umfallen. In Indonesien und auf den Philippinen müßten dann - unabhängig von den Ländern Indochinas - neue Dominosteine umgestoßen werden.

### III. Zu Frage 3 :

Ist China bereit, seine "revolutionären" Chancen in Südostasien zu nutzen?

Hier handelt es sich letztlich um ein Problem der Opportunität. Bleibt das Land seiner seit 1968 geübten Praxis, Außenpolitik nach antisowjetischen Kriterien zu gestalten, treu, so wird ihm nichts anderes übrigbleiben, als die Zusammenarbeit mit den Regierungen der einzelnen Länder zu suchen, die ja - bei rigoroser Fortführung revolutionärer "Unterstützungspolitik" von seiten Pekings - leicht in die Arme Moskaus getrieben werden könnten.

In den bisherigen Staat-Staat-Beziehungen gegenüber

China zeigen die einzelnen südostasiatischen Länder recht verschiedenes Profil. Vier von ihnen haben mit Peking relativ früh diplomatische Beziehungen aufgenommen, nämlich Birma und Indonesien (1950), Kambodscha (1958) und Laos (1962).

Zu Indonesien wurden diese Beziehungen freilich 1967 und zur "Khmer-Republik" 1970 suspendiert. Bemerkenswert ist, daß ausgerechnet die China geographisch so nahestehenden fünf ASEAN-Länder auch Mitte 1973 noch keine normalen diplomatischen Beziehungen zu Peking unterhalten, obwohl die Volksrepublik China inzwischen bei allen wesentlichen Mächten - de facto ("Verbindungsbüro") sogar bei den USA - volle Anerkennung erfahren hat.

Durchaus unterschiedlich waren auch die Hilfsprogramme der VR China gegenüber den südostasiatischen Ländern. Zu den Empfängern chinesischer Entwicklungshilfe gehör(t)en: Laos, Kambodscha, Birma und in ganz besonderem Ausmaße bis 1965 Indonesien. Laos und Kambodscha wurden in diesem Zusammenhang sogar ausschließlich mit Schenkungen bedacht.

Auf etwas anderer Ebene gestalteten sich die Beziehungen Staat-Staat und Volk-Volk (dazu oben II/2). Wird China angesichts der Wandlungen im internationalen System auch seine Beziehungen gegenüber den Ländern Südasiens künftig mehr auf die Staat-Staat-Ebene umstellen, also auf "revolutionäre Unterstützungspolitik" verzichten müssen?

Gerade in den letzten Monaten hat die VR China in ihrem Verhalten gegenüber südostasiatischen Staaten zu erkennen gegeben, welchen Kurs sie voraussichtlich in nächster Zeit zu steuern gedenkt.

a) Was Kambodscha angeht, so hat sich Peking ganz auf den Sieg der FUNK eingestellt und möchte nach Möglichkeit auch Sihanouk weiterhin an der Spitze des Staates sehen. Auch ein sozialistisches Kambodscha ohne Sihanouk wäre für China insoweit akzeptabel, als der Sowjetunion keine Einflußmöglichkeiten eingeräumt werden.

Beziehungen zur "Khmer-Republik" bleiben für Peking dagegen indiskutabel, wie lange sich dieses Regime auch immer halten kann.

b) Gegenüber Laos hat China jahrelang eine Politik verfolgt, die voraussichtlich auch in Zukunft perpetuiert wird. Die ewig alte und doch immer wieder neue Forderung Pekings läuft auf eine Koalitionsregierung (zwischen Linken, Rechten und neutralen Kräften) sowie nach kompromißloser Neutralisierung des Königreiches hinaus. Da i.J. 1973 für diese Lösung erneut Grundlagen gelegt wurden, wird Peking sich auf eine Politik des Abwartens einrichten und von "Unterstützungsmaßnahmen" weitgehend absehen.

c) Gegenüber Birma spielen die Chinesen weiterhin ihr traditionelles Spiel mit zwei Bällen: Einerseits arbeiten sie auf geordnete Beziehungen zu Rangun hin, möchten aber gleichzeitig den Kontakt zur "Weißen Flagge" und zu den verschiedenen Volksstreitkräften zumindest nicht abreißen lassen, um dadurch stets ein Pfand für das Wohlverhalten Birmas

in der Hand zu haben. Die Politik verstärkter Einmischung, wie sie 1967 unter den exzeptionellen Bedingungen der Kulturrevolution stattgefunden hat, würde nur dann wieder Platz greifen, wenn Birma den Pfad seiner strikten Neutralitätspolitik verließ.

d) Politik "mit den zwei Bällen" wird auch in Thailand weitergespielt. Bangkok umgekehrt ist entschlossen, mit der VR China normale Beziehungen aufzunehmen, unbeirrt davon aber gleichzeitig die Kommunisten in seinem Lande weiter zu verfolgen. Sollte sich Bangkok freilich aus seiner Isolierung an der Seite Washingtons lösen und eines Tages zum Befürworter einer starken, antisowjetisch orientierten ASEAN sowie zu einem Gegengewicht gegenüber Hanoi werden, so könnte China sich versucht fühlen, gegenüber der thailändischen Linken ein extrem niedriges Profil zu entwickeln.

e) Ähnliche Überlegungen spielen beim künftigen Kurs gegenüber Malaysia mit, zumal Peking gerade im Zusammenhang mit diesem Lande eingesehen haben dürfte, daß die "Unterstützung" malaysischer Aufständischer ohnehin geringe Früchte trägt. Außerdem wird Malaysia voraussichtlich das erste Mitglied der ASEAN-Gruppe sein, das mit Peking offizielle Beziehungen aufnimmt und insofern als Protagonist honoriert werden sollte.

f) Die mangelnde Eignung des chinesischen Revolutionsmodells für Singapur dürfte China - ähnlich wie im Falle Malaysias - zur Zurückhaltung veranlassen. Ohnehin weiß China, daß es kraft seiner Attraktivität auch dann bedeutsame Einflüsse auf die überwiegend chinesische Bevölkerung des Stadtstaates ausüben kann, wenn es auf ganz "legalem" Weg freundliche Gesten gegenüber der Inselrepublik zeigt (bisher: Delegationen, Unterstützung der Singapur-Reedereien gegen Monopolmaßnahmen der Eastern Freight Conference, etc.).

g) Indonesien hat - ganz im Gegensatz zu Thailand und Malaysia, wo man chinesische Unterstützungsakte für lokale Aufständische geflissentlich übersieht - immer wieder klargemacht, daß es mit Peking nur unter drei Bedingungen wieder normale Beziehungen aufnehmen wolle: China müsse erstens seine Hilfe für die kommunistischen Überreste in Indonesien einstellen; es müsse ferner seine Presse- und Rundfunkangriffe auf Indonesien beenden und schließlich drittens davon abgehen, maßgebende Führer der Rest-PKI in Peking zu beherbergen.

Die VR China kann es sich wohl kaum leisten, die Republik Indonesien auf längere Sicht als diplomatisch nicht existent zu betrachten. Man weiß in Peking auch, daß das heutige Regime in Djakarta angesichts des Traumas der Jahre 1965 ff. von seinen drei Bedingungen wohl kaum abgehen wird. China wird sich den Vorstellungen Indonesiens also wohl oder übel fügen müssen, zumal die kommunistische Bewegung des Landes ohnehin heillos disintegriert ist.

h) Was schließlich die Philippinen angeht, so scheint China hier noch am meisten entschlossen, sich für die Zielsetzung der Neo-KP und ihrer NVA einzusetzen.

Im Verhältnis zu sämtlichen Ländern steht China also

vor der schwierigen Aufgabe, seine nationalen Interessen (Sicherheit, Taiwanproblem, Regionalmacht), denen ja durch Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den Ländern Südostasiens nicht schlecht gedient wäre, und seine revolutionären Ambitionen zueinander in "Harmonie" zu bringen.

Gewisse Andeutungen über den künftigen Weg sind zaghaft bereits in der Grundsatzdiskussion aufgetaucht. In der November-Ausgabe der Roten Fahne von 1972 findet sich unter dem Thema "Weltgeschichte", Serie No.4, eine Abhandlung, bei der das Prinzip der Autarkie einzelner nationaler Befreiungsbewegungen ganz besonders betont wird. Die Politik des "Auf-eigenen-Beinen-Stehens" ist zwar von jeher fester Bestandteil der chinesischen Revolutionsstrategie gewesen. Doch scheint die neuerlich so bewußte Betonung dieses Grundgedankens in einem Grundsatzartikel darauf hinzudeuten, daß man in Peking die "Unterstützungs"-Politik zurückschrauben will, zumal man damit während der Kulturrevolution negativste Erfahrungen gemacht hat.

Der Einmarsch der Sowjets in Prag und die Verkündung der Breschnew-Doktrin hat die Chinesen in den Jahren 1968/69 nicht zuletzt deshalb so hart getroffen, weil sie sich gerade vorher diplomatisch fast völlig isoliert und sich damit auch die Möglichkeit verbaut hatten, im Augenblick der Gefahr schnell Vereinte Gegenfronten aufzubauen. Vor allem das Vordringen der Sowjetunion im Indischen Ozean und im Westpazifik wird China davon abhalten, sich diplomatisch wieder in Klausur zu begeben. Die acht Länder Südostasiens, von denen hier die Rede war, werden wichtige Bestandteile im sicherheitspolitischen Glacis der VR China bleiben.

Sie schon in den nächsten Jahren für eine antisowjetische Front zu gewinnen, wird ein wichtiges außenpolitisches Ziel Pekings bleiben müssen. Dieses Ziel aber läßt sich nur erreichen, wenn die Chinesen zu dem Opfer bereit sind, auf "Unterstützung" revolutionärer Befreiungsbewegungen in Südostasien zu verzichten.

Weggel

Anmerkung: Die Fußnoten zu obigem "Thema" müssen aus technischen Gründen in der folgenden Ausgabe von CHINA aktuell erscheinen.